

# Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat»

AZB 5332 Rekingen Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.– Erscheint monatlich Nr. 3 März 2001 36. Jahrgang

## Bald Massen-Einbürgerungen?



Bernhard Hess,  
Nationalrat  
und SD-  
Zentral-  
sekretär, Bern

**Wenn es nach dem Willen des Bundesrates geht, sollen bald Ausländer der dritten Generation automatisch bei der Geburt Schweizer werden. Die zweite Ausländergeneration soll erleichtert eingebürgert werden, und neu soll ein Beschwerderecht gegen die Ablehnung von Einbürgerungen eingeführt werden. In ihrer Vernehmlassungsantwort wenden sich die Schweizer Demokraten (SD) vehement gegen diese Vorschläge.**

Das Ziel ist klar: Mit Masseneinbürgerungen und durch Ausschaltung des Stimmvolkes soll der Ausländeranteil massiv gesenkt und unser Land für Zuwanderer noch attraktiver gemacht werden. Die direkte Demokratie in Einbürgerungsfragen ist der herrschenden Politikaste ein mächtiger Dorn im Auge. Deshalb soll der Volkswille mit Rekursmöglichkeiten gegen abschlägige Einbürgerungsentscheide und durch automatische Erteilung des Bürgerrechts ausgeschaltet werden.

### Emmen: SD-Initiative als Meilenstein

Gross war die Empörung in der landesweit politisch weitgehend gleichgeschalteten Medienlandschaft, als am 12. März 2000 eine Mehrheit der Stimmbevölkerung der Gemeinde Emmen an der Urne aufgrund eines erfolgreichen SD-Volksbegehrens verschiedene Einbürgerungsgesuche insbesondere von Ausländern aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien ablehnte. Einmütig sprachen die Journalisten und Kommentatoren von einem «bedenklichen», «nicht haltbaren», «willkürlichen», ja sogar von einem «rassistischen» Ent-

scheid. Sogar die «Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz» meldete sich zu Wort und verlieh ihren «Bedenken» Ausdruck, dass in der Schweiz das Bürgerrecht «mittels Abstimmung durch die Bevölkerung» erteilt werde. In der Fragestunde des Nationalrates vom 20. März 2000 gab Bundesrätin Ruth Metzler in weinerlichem Ton die Erklärung ab, der Bundesrat sei «betroffen und sehr enttäuscht vom Ergebnis dieser Abstimmung», deren Resultat «eine gefährliche Tendenz» aufzeige, die sich bereits «bei solchen Abstimmungen in anderen Gemeinden bemerkbar gemacht» habe. Das Emmener Abstimmungsergebnis könne «als Rassendiskriminierung» ausgelegt werden.

### Die Demokratie ausschalten?

Bundesrätin Ruth Metzler kündigte sowohl politische wie rechtliche Massnahmen an, welche jetzt auf dem Tisch liegen. Noch in dieser Legislatur wird dem Parlament eine neue Vorlage zur automatischen Einbürgerung in der Schweiz geborener Ausländer sowie zur erleichterten Einbürgerung der zweiten Ausländergeneration unterbreitet. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement war zudem lange damit beschäftigt, die Frage der generellen Einführung eines Rechtsmittels gegen sogenannte ungerechtfertigte Ablehnung von Einbürgerungen zu prüfen. Auch hier wird jetzt eine Lösung in die Vernehmlassung geschickt. Es muss kaum erwähnt werden, dass all diese Vorschläge von den SD ablehnend beantwortet und sowohl im Nationalrat wie dann auch bei einer allfälligen Volksabstimmung konsequent bekämpft werden.

### Pratteln: Justiz gegen Demokratie

Aber nicht nur in der Bundesverwaltung waren Juristen auf der Suche nach Wegen, wie unliebsame Einbürgerungsentscheide des Volks auf rechtlichem Weg bekämpft werden können. Am 28. März 2000 hat tatsächlich das Verwaltungsgericht des Kantons

### SD hocherfreut über EU-Nein:

## EU-Beitritt jetzt Lichtjahre entfernt – Bundesrat muss Beitritts-gesuch zurückziehen

Die Schweizer Demokraten (SD) sind hocherfreut über den deutlichen Volksentscheid zum irreführenden Begehren «Ja zu Europa». Mit diesem klaren Votum hat sich eine überwältigende Mehrheit des Schweizer Volkes eindrücklich für eine freie und unabhängige Schweiz ausgesprochen.

Der Beitritt in die zentralistische, bürokratische und demokratiedefizitäre Europäische Union ist somit in weite Ferne gerückt. Die Euro-turbos haben mit dem Durchpauken ihrer kurz-sichtigen EU-Anschluss-Initiative ein klassisches Eigentor geschossen; der EU-Beitritt der Schweiz ist nun Lichtjahre entfernt.

Ebenfalls erfreut zeigen sich die SD, dass nun bedeutende Bevölkerungsteile in der Romandie – die Mehrheit auch dort – die Vorteile einer unabhängigen Schweiz zu schätzen wissen. **Den Röstigraben gibt es nicht mehr!**

Die SD fordern den Bundesrat nach diesem überdeutlichen Volksentscheid auf, sein in Brüssel eingefrorenes EU-Beitritts-gesuch der Schweiz unverzüglich zurückzuziehen und sich so damit abzufinden, dass eine klare Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer nicht in diese Union eintreten will.

Rudolf Keller, a.Nationalrat  
SD-Zentralpräsident

Basel-Land den Beschluss der Bürger-gemeinde von Pratteln aufgehoben, sechs türkische Staatsangehörige nicht in das Schweizer Bürgerrecht aufzunehmen. Das Gericht machte geltend, den Einbürgerungswilligen sei das Schweizer Bürgerrecht nur wegen ihrer Nationalität nicht erteilt worden. Eine SD-Interpellation im Basler Landrat zu dieser Angelegenheit wurde mit der Antwort abgespiessen, «der Beschluss der Pratteler Bürger-gemeinde verstosse gegen die Rechtsgleichheit».

### Undemokratische Zwängerei

Erst im Juni 1994 ist eine Vorlage zur erleichterten Einbürgerung am Ständemehr gescheitert. Einzig die SD wandten sich gegen die Forderung, junge Ausländer erleichtert einzubürgern. Der Bundesrat und sämtliche Bundesratsparteien – auch die SVP – stemmten sich damals nicht gegen diese Vorlage,

welche jedoch deutlich weniger weit ging als die jüngsten Vorschläge des Bundesrates.

Fortsetzung Seite 2

## Inhalt

- 3 EU-Nein: Klarer Ausdruck des Volkswillens
- 4 JSD-Standpunkt
- 6 Die Holocaust-Industrie
- 7 Norman G. Finkelstein – Ein Augenschein
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Der Leser hat das Wort

## Schweiz bald EU-Financier?

Fortsetzung von Seite 1

Es ist eine Tatsache, dass grosse Teile der Schweizer Bevölkerung mit der bundesrätlichen Ausländer-, Einwanderungs- und Asylpolitik nicht einverstanden sind. Ablehnende Einbürgerungsentscheide in der Gemeindeversammlung oder an der Urne sind nicht zuletzt Ausdruck dieser kritischen Haltung. Viele Menschen haben genug von jenen Politikern und Parteien, welche Asylmissbrauch und Masseneinwanderung tatenlos hinnehmen und jetzt auch noch das Schweizer Bürgerrecht quasi verschachern möchten.

### Gefährliche Tendenz

So ist es bezeichnend für die bedenkliche Einstellung vieler Politiker, wenn sie nun die direkte Demokratie auf rechtlichem Weg und

mit erleichteter Einbürgerung aushebeln wollen und einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung predigen. Dabei missachten sie aber den für die direkte Demokratie fundamentalen Grundsatz, dass die Bürgerinnen und Bürger das Recht haben abzustimmen, ohne sich auch nur einen Deut für ihren Entscheid rechtfertigen zu müssen. Es ist ein elementares Freiheitsrecht, souverän und ungebunden abstimmen zu dürfen. Die Abstimmungs-freiheit ist bedingungslos. Wer diesen Grundsatz in Frage stellt, rüttelt an den Grundfesten der direkten Demokratie. In diesem Zusammenhang ist auch entscheidend, dass der definitive Einbürgerungsbeschluss weiterhin auf Gemeindeebene gefällt wird. Dort wo die einzubürgernde Person wohnt.

**Der politische Kampf gegen die Einbürgerung durch das Volk zeigt eine gefährliche Tendenz: Wer die Demokratie in Einbürgerungsfragen beschneidet, ist bereit, dies auch in anderen Bereichen zu tun.**

## Massen-Einbürgerungen: Die Fakten und die Folgen

He. Eine erste Vorlage, welche einzig durch die Nationale Aktion (NA) und die «Vigilants» bekämpft wurde, wurde 1983 durch Volk und Stände deutlich verworfen. Dieses Gesetz sah die erleichterte Einbürgerung von jungen Ausländern, Staatenlosen und Flüchtlingen vor.

Auch 1994 scheiterte eine erneute Vorlage, welche junge Ausländer erleichtert einbürgern wollte, wiederum am Ständemehr. Auch damals traten einzig die SD, die FPS und die Lega geschlossen gegen diese Lockerung an.

Von den gegenwärtig rund 1,5 Millionen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit erfüllen immer mehr die bundesgesetzlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung. In einzelnen Kantonen und Gemeinden liegt die Messlatte (zum Beispiel bei der Aufenthaltsdauer) grundsätzlich oder in der gängigen Praxis bedeutend höher.

Trotzdem rechnet das Bundesamt für Statistik (BFS) hoch, dass im Moment um die 630'000 Ausländer einen Antrag auf den roten Pass stellen könnten.

Ausländer der dritten Generation sollen mit der Geburt in der Schweiz automatisch den Pass erhalten (so genanntes Ius soli). Dazu ist eine Änderung der Bundesverfassung zwingend nötig. Man schätzt die Zahl jener Ausländer der dritten Generation auf 50'000 bis 100'000.

### «Mutige» bundesrätliche Vorschläge?

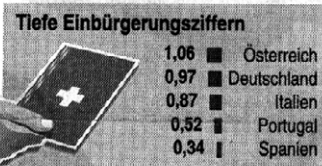
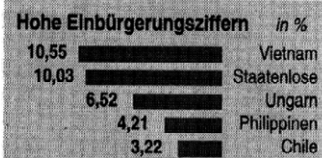
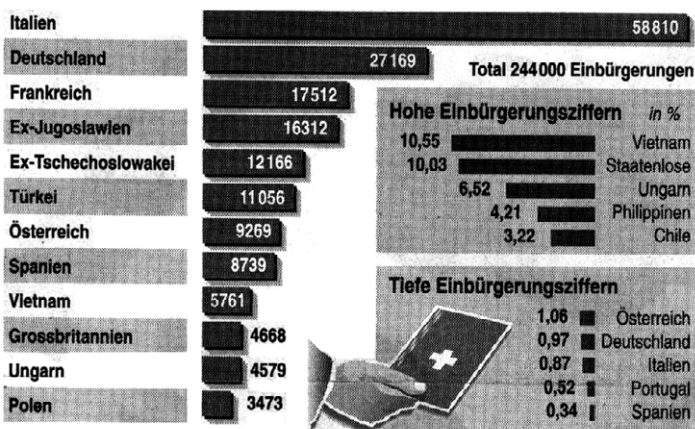
Schliesslich ist der Bundesrat der Ansicht, dass gegen die Ablehnung von Einbürgerungsgesuchen ein Beschwerderecht wegen Verletzung verfassungsmässiger (!) Rechte bestehen soll. Die entsprechenden Gebühren müssten laut Bundesrat reduziert werden und nur noch den Verwaltungsaufwand decken. CVP-Justizministerin Ruth Metzler sprach im Bundeshaus von «mutigen» Vorschlägen, denn mit lediglich 20'000 Einbürgerungen (immerhin die Einwohnerzahl der Stadt Burgdorf/BE; die Redaktion) ziere die Schweiz angeblich den Schluss der europäischen Rangliste. Verschwiegen wird jedoch die Tatsache, dass das grosse Deutschland noch weit restriktiver einbürgert und dass die Schweiz, bezogen auf die einheimischen Staatsangehörigen, mit 3,5 Personen auf 1000 Schweizer rund doppelt so viele Ausländer einbürgert wie der Durchschnitt der EU-Staaten.

Auch im Lichte der Entwicklung der jährlichen Einbürgerungszahlen erweist sich die schweizerische Einbürgerungspraxis als alles andere als restriktiv.

**Erhielten im Jahr 1990 insgesamt 8658 Personen das Schweizer Bürgerrecht, waren es 1999 (im letzten statistisch ausgewerteten Jahr) deren 10'363. Zwischen 1981 und 1988 wurden gemäss Bundesamt für Statistik in der Schweiz 244'040 (!) Bürgerrechtswechsel registriert.**

## EINBÜRGERUNGEN IN DER SCHWEIZ

### Die Nationalitäten mit den meisten Einbürgerungen 1981-98



Quelle: Bundesamt für Statistik

## Einbürgerungen

Die Ausländerkommission brachte das Thema auf den Tisch und Bundesrätin Ruth Metzler zog nach: erleichterte Einbürgerungen für die erste und zweite Ausländergeneration, respektive die automatische Einbürgerung für die dritte Ausländergeneration in der Schweiz. Darüber kann man diskutieren. Zuerst muss die Frage gestellt werden, was mit dieser Massnahme erreicht werden soll. Sollen damit unsere ausländischen Einwohner besser integriert werden? Oder will man damit die Ausländerstatistik verbessern?

### Integration

Integration kann nicht verordnet werden. Sie kann auch nicht gratis abgegeben werden. Wenn es heute Ausländergruppierungen gibt, die praktisch ihre eigenen Parallelgesellschaften leben, so wird eine automatische Schweizer Bürgerschaft diese Leute wenig beeinflussen, besonders dann nicht, wenn sie feststellen, dass damit nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten verbunden sind. Ich denke z.B. an den obligatorischen Militärdienst. Wir wissen heute, dass die zweite Generation gut bis sehr gut deutsch spricht und in unsere Gesellschaft gut integriert ist, die dritte Generation aber oft wiederum kaum ein Wort deutsch spricht, wenn die Kinder innerhalb des Familiencamps von den Grosseltern betreut werden, die nur ihre eigene Sprache sprechen. Diese Kinder kommen heute zum Teil sprachlich und kulturell völlig unvorbereitet in die Schule, obwohl sie in der Schweiz geboren wurden.

### Statistik

Erleichterte und automatische Einbürgerungen würden mit Sicherheit den Prozentsatz der ausländischen Bevölkerung senken. För-

dert es auch die Befindlichkeit der Schweizer, wenn die erleichtert oder automatisch Eingebürgerten sich in keiner Weise um unsere Gepflogenheiten und Sitten kümmern? Es geht in unserem Land immer mehr um das Miteinander verschiedener Nationalitäten und Kulturen. Dies bringt eine Menge Konfliktstoff. Damit umzugehen braucht Toleranz auf allen Seiten. Die Schweiz hat ihre Integrationskraft schon immer bewiesen. Die Einbürgerungen als Discountgeschäft zu betreiben, ist meines Erachtens der falsche Weg.

Hans Jörg Fischer,  
Kantonsrat, SD, Forch ZH

## Das Testament

### Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

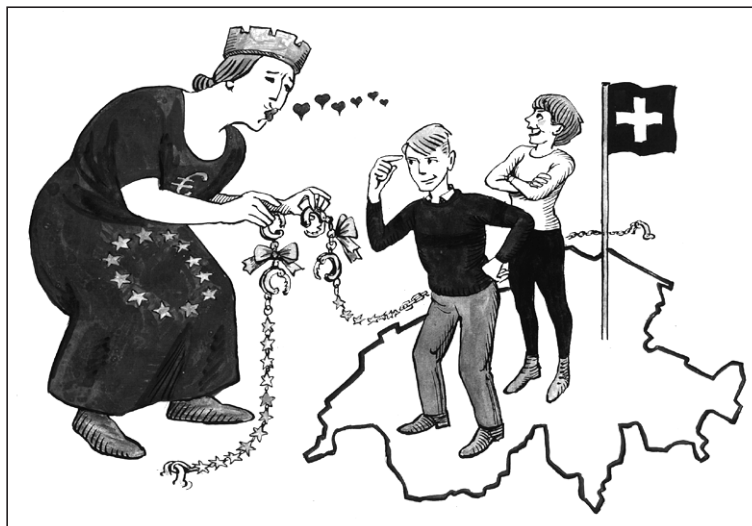
Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Geschäftsleitungsmitglied Kurt Koller berät Sie gerne kostenlos:

Kurt Koller, Treuhandbüro  
Meienbergstrasse 4  
CH-9620 Lichtensteig  
Telefon 071 - 988 50 88  
Telefax 071 - 988 67 61

# EU-Nein: Klarer Ausdruck des Volkswillens

Am 4. März 2001 hat der Souverän in der Schweiz, nämlich die Bürger, deutlich gemacht, was sie von einem EU-Beitritt halten: 76,7% stimmten nur schon gegen die Aufnahme von Gesprächen über den EU-Beitritt der Schweiz. Selten hat man vor den Stimmlökalen in der ganzen Schweiz eine solch entschlossene Stimmbürgerschaft erlebt. Sie wollte den Regierenden ausdrücklich zeigen, dass sie mit deren politischer Anschlusspolitik an die EU nicht einverstanden sind. Seit 8 Jahren gab es nie mehr eine so hohe Stimmbeteiligung. Entsprechend schockiert war man von dieser in keiner Umfrage vorausgesagten Absage an eine zentralistische Machtpolitik.



## Grossmachtsanbeter

Im In- und Ausland versucht man nun, die verheerende Niederlage der Grossmachtsanbeter umzudeuten. In ganz Europa könnten sich nämlich auch andere Bürger ein Beispiel an der Schweiz nehmen und diesem undemokratischen Gebilde EU eine Absage erteilen. Man behauptet also, die Schweizer seien einfach noch nicht so weit oder erklärt, ihnen ginge es nur um ihr Geld, sie seien egoistisch. Das ist eine völlige Fehleinschätzung durch die spin doctors im Solde der Herrschenden. Bei vielen Diskussionsveranstaltungen und Gesprächen im Vorfeld der Abstimmung haben wir erfahren, dass ein EU-Beitritt vor allem wegen dem Verlust der Volksrechte abgelehnt wird. Das Selbstbestimmungsrecht in den mit grosser Autonomie ausgestatteten, meist kleinen Gemeinden, in den kleinen Staaten - den Kantonen - mit ihrer Finanzhoheit, durch Volksinitiative und Referendum gegen Parlamentsbeschlüsse auf allen Ebenen, lange Diskussion vor einem Gesetzesbeschluss durch die Vernehmlassung, die höchstmögliche Begrenzung von Macht durch Kleinräumigkeit, durch Milizparlamente, meist Milizexekutive und Milizarmee sind in der Bevölkerung weitherum verankert.

## Aggressive EU-Politik

Junge und alte Schweizer haben eine Abneigung gegen Geltungssucht und arrogantes Gehabe und noch mehr gegen aggressive Eroberungspolitik. Sie beschränken sich seit Jahrhunderten darauf, das eigene Land gegen Angriffe von aussen - heftig - zu verteidigen, aber andere auf keinen Fall anzugreifen - das ist ihre bewaffnete Neutralität. Die EU mit ihren neu geschaffenen Eingreiftruppen für die Kriegsführung in der ganzen Welt ist dem Schweizer ein Greuel. Die Bedrohung der 180 anderen Länder auf der Welt mit einer aggressiven Kriegsstrategie unter

dem Titel «Konfliktmanagement» beobachtet die Schweiz genau. Von links bis rechts reicht die Ablehnung dieser kriegerischen EU. Ihr Gesicht hat sie nicht nur im völkerrechtswidrigen Krieg gegen Serbien gezeigt, sondern ebenfalls beim Vorläufer eines Krieges, beim Boykott des demokratisch regierten Nachbarlandes Österreich. Die mit offenen Drohungen aus der EU verbundenen Forderungen, das Bankgeheimnis abzuschaffen, den Flughafen Kloten zu behindern, die belgische Fluggesellschaft zu finanzieren, die 40-Tonner-Lastwagen durch die Schweiz fahren zu lassen, ebenso wie die Nichteinhaltung von Versprechungen gegenüber Österreich, den Lastwagenverkehr am Brenner zu begrenzen und vieles andere zeigen auf, dass die Regierenden in Bern sich einem unseriösen Verhandlungspartner anbiedern. Die Bevölkerung hat sich im Gegensatz zu einem Teil ihrer Bundesräte schon den Faschisten rund um ihr Land widersetzt. Derselbe Widerstandswille baut sich gegenüber einer immer totalitären und militaristischer auftretenden EU auf.

Deshalb fordert eine immer grössere Zahl von Schweizer Bürgern:

- Sofortiger Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs durch den Bundesrat;
- Aufhebung der sogenannten Swiss-Lex, durch die der Bundesrat und der National- und Ständerat gegen den Willen des Volkes Gesetze an die EU-Normen anpasst;
- Rückzug der Strategie des Bundesrats, alle Hürden vor einem EU-Beitritt nach und nach abzuschaffen, ohne offen und ehrlich dem Bürger zu sagen, worum es geht;
- Beibehaltung einer eigenständigen Milizarmee, unabhängig von EU und NATO, um vor deren Machtansprüchen und kriegerischem Treiben geschützt zu sein;

■ Erhaltung einer eigenständigen, regional ausgerichteten Landwirtschaft und kleiner und mittlerer Betriebe, was die Schweiz vor Repressionen durch eine kriegerische EU schützen kann;

■ Erhaltung der unbedingten Neutralität, mit der die Schweiz zum Frieden in der Welt beitragen kann, der nicht nur vom wieder militaristischeren Russland gefährdet ist, sondern auch durch die EU und die NATO, die seit der neuen NATO-Doktrin vom April 1999 ganz offen Krieg androhen wegen Rohstoffen, ungenügender Reformen und bei Gefährdung anderer eigener Interessen.

Diese Abstimmung hat wieder gezeigt, wie wichtig die Volksrechte sind. Trotz der seit Jahren anhaltenden Versuche der Manipulatoren benutzt der Mensch seinen Verstand, zählt eins und eins zusammen. Niemand kann verhindern, dass man in der Bevölkerung mit-

einander redet. Ein wenig Informationen reichen. So hat es genügt, dass einige Tausend Zeitungen von «Horizon et Débat» sowohl bei den «Bilateralen Verträgen» im Mai 2000 und jetzt bei dieser Abstimmung in der Westschweiz verteilt worden sind. Alleine dadurch war die Diskussion nicht mehr zu verhindern, die durch eine Einheitsdoktrin in den dortigen Medien jahrelang blockiert worden ist. So haben auch die Westschweizer klar «Nein» zum EU-Beitritt gesagt und damit überhaupt wieder ein offenes und ehrliches Gespräch auch für die Zukunft über Vor- und Nachteile der EU erzwungen.

## Nicht der EU anbiedern

Die Länder in der EU brauchen ebenfalls direktdemokratische Rechte. Die Bürger sind aufgerufen diese von ihren Beherrschern einzufordern und dadurch zu einer eigentlichen Demokratie zu werden. So können sie auch das kriegerische Treiben ihrer Führer stoppen. Wenn es einmal so weit ist, kann man sich auch wieder einmal über eine engere Zusammenarbeit auf bestimmten Gebieten unterhalten. Bis dahin aber muss der Schwerpunkt der Schweizer Aussenpolitik aus viel Wichtigerem bestehen als sich der EU anzubiedern und sich unterzuordnen: den Frieden auf der Welt zu befördern und Kriege zu verhindern, jedem Menschen auf der Welt genügend Essen und den Zugang zu frischem Wasser zu geben, Krankheiten und das Analphabetentum zu bekämpfen, Luft zum Atmen herzustellen - auch durch den Zugang zu eigenem Land und durch die Selbstbestimmung der Bürger und Völker.

*Diethelm Raff, Zürich*

## Grüsse aus und nach Neuseeland

Unser Abonnent und Gönner in Neuseeland schreibt unsregelmässig, was sich bei unseren «Gegenfüsslern» abspielt, und schickt immer freundliche Grüsse. «Leider gibt es von diesem schönen Land (mit Bergen wie in der Schweiz) nicht viel Nettos zu berichten». Die Regierung sei in den Händen von Frauen, ehemaligen Kommunisten. Jene, die fleissig seien, müssten den Erfolg teilen mit solchen, die gar nicht arbeiten wollen. «Es ist weit schlimmer, als man sich dies in der Schweiz vorstellt. Es wäre ein grosser Fehler, einem Schweizer zu empfehlen, nach Neuseeland auszuwandern, ausser als Tourist mit dem jetzt billigen NZ-Dollar. Selbst Einwanderer aus Bangladesh kehren dem Land wieder den Rücken». Es gebe

Flüchtlinge aus Afrika. Im Gastgewerbe fehlten die billigen Arbeitskräfte und es kämen mehrheitlich Muslime. Doch diese können in Gaststätten nicht angestellt werden. Jede Berührung mit Schweinefleisch lehnen sie ab, deswegen auch Tellerwäsche, sogar mittels Geschirrwaschmaschine. Diese übernehmen Rumänen, Chinesen, Neger. Man sähe lieber reiche Kapitalanleger.

«So will ich schliessen. Vielleicht ist es mir möglich - ehe die Engel mich holen - weiter nach der Schweiz zu schreiben». Wir aber hoffen, unserem Briefpartner seien doch noch sorgenfreie Jahre beschieden. Dies wünscht ihm jedenfalls

*R.B., Rheinfelden  
(und die SD-Redaktion)*

## JSD -Standpunkt

### JSD/SD gegen Anarcho-Zentrum LaKuZ in Langenthal

Die Jungen Schweizer Demokraten (JSD) verteilen, nach Rücksprache mit der Mutterpartei SD, in der Stadt Langenthal ein Flugblatt in einer Auflage von 5000 Exemplaren, welches die geplante Eröffnung des links-autonomen Begegnungszentrums LaKuZ kritisiert.

Insbesondere befürchten die JSD/SD, dass das geplante links-extreme Kultur- und Begegnungszentrum noch mehr Chaoten, Anarchisten und sonstige linke Gewalttäter nicht nur aus der Region, sondern auch aus der übrigen Schweiz (Basel, Zürich und Bern) anzieht.

Bereits jetzt machen sich in Langenthal unter der Führung von Serge Wüthrich gewaltbereite Links-Aktivistinnen breit, was schon jetzt teilweise zu erheblichen Schmierereien, illegalen Kundgebungen, Vandalismus, Pöbeleien, Hausbesetzungen, ja sogar Übergriffen auf andere Jugendliche geführt hat.

Für die JSD/SD ist völlig unverständlich, dass ein bekennender linker Gewalttäter, der übrigens im vergangenen Herbst sogar auf der SP/JUSO-Liste für den Gemeinderat kandidieren durfte, für den Langenthaler-Gemeinderat als Verhandlungspartner über das mit 300'000 Steuerfranken subventionierte Anarcho-Zentrum diene. Offensichtlich dringt der linke Filz sogar in die höchsten Etagen der Langenthaler Exekutive vor: Vater des gewaltbereiten Sprösslings ist der SP-Gemeinderat Walter Wüthrich, der als Vizepräsident pikanterweise auch noch für das Ressort «Bildung und Jugend» in der Oberaargauer Metropole verantwortlich ist.

Jedenfalls signalisieren die JSD/SD bereits jetzt ihre Bereitschaft, den Erwerb der 300'000 Franken teuren Liegenschaft an der Farbasse nötigenfalls mittels Referendum zu vereiteln.

chen, siehe oben, wonach über die Hälfte der Absolventen genannter Institutionen ein Ja zur 18%-Initiative in die Urne legte. Die Gesellschaft befindet sich demnach endlich in einem sozialphilosophischen und politischen Umbruch, was aber auch nicht verwunderlich ist. Es entspricht der Logik der Natur, dass infolge des Generationenwechsels verschärfte, relativierte oder schlicht andere Meinungen

Zugang finden in die verhassten Institutionen. Es wäre folglich wünschenswert, wenn die moderne, nationalgesinnte Protestjugend eine Neuauflage des Anti-Establishment-Kampfes der 68er lancieren würde. Lasst uns endlich Gleiches mit Gleichem vergelten und die Rotfront sukzessive ausradieren; aber wiederum bitte mit Sahne!

Rafael Hernandez,  
JSD-Stützpunktleiter, Zürich

## Bravo Gölä!



Es versteht sich von selber, dass Medienzampano Schawinsky diese Aussage überhören wollte und schnurstracks den Dialog mit einem Mitmusiker von Gölä suchte. Wir Jungen Schweizer Demokraten meinen dazu bloss: Bravo Gölä für deine unvergleichlich direkte Art! Auf dass uns gerade im modernen Kulturbereich die nationale Gesinnung nicht gänzlich abhandelt.

JSD-Zentralvorstand

## JSD-Logo-Wettbewerb

Wie einige Kameradinnen und Kameraden vielleicht schon erfahren haben, ist der Vorstand der Jungen Schweizer Demokraten bestrebt, das Logo der Jungpartei etwas abzuändern. Hierbei legen wir in erster Linie Wert darauf, das altbekannte und unserer Ansicht nach ein wenig antiquierte SD-Herz zu ersetzen durch ein betont kämpferisches und jugendliches Logo; selbstverständlich immer im Einklang mit roter Farbe und weissem Kreuz!

Dem Gewinner winkt ein herrliches Nachtessen im gemütlichen JSD-Rahmen zu Worben (BE) im Restaurant Fischereipark. Nun denn ans Werk, Jungschar!

Vorschläge einschicken an:  
Junge Schweizer Demokraten,  
Postfach 8112, 3001 Bern

### Vox-Analyse zur 18%-Initiative

## Patriotische Jugend

Geradezu sensationell ist die Feststellung, 45% der jugendlichen und jungen Wähler in der Frage des überbordenden Ausländeranteils hinter sich zu wissen; zumindest geht dies aus der offiziellen «Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 24. September 2000» hervor. Bemerkenswert ist zudem die Gliederung innerhalb der verschiedenen Berufs- und Ausbildungsfelder, wonach 54% der Höheren Berufsschüler und HTL-Absolventen die 18%-Initiative befürworten, hingegen einmal mehr Maturanden und Lehrer mit lediglich 16% Ja-Stimmen vertreten waren.

### Kehrtwende zur sozial-patriotischen Jugend

Die Vox-Analyse beweist folglich schwarz auf weiss, dass unsere Jugend das Bild, welches jahrelang durch Medien und 68er-Gesellschaft geisterte, offenbar endlich in sein transparenteres und erfreuliches Gegenteil gekehrt hat. Die Mär von den angeblich so weltoffenen und multikulturell ausgerichteten jungen Leuten ist definitiv relativiert worden. Sicher, 45% sind leider nicht die volle Hälfte, aber immerhin schon die halbe Miete,

bedenkt man, wie schwer sich die Generation um die 40 Jahre herum mit der Zuwanderung tut (nur gerade 20% der 30-39jährigen konnten sich zu einem Ja durchringen). Dabei liegt es völlig auf der Hand, dass die jugendliche Rebellion gegen den viel zu hohen Ausländerbestandteil einmal kommen musste, nicht zuletzt bedingt durch die ansteigenden Probleme mit fremdethnischen Jugendlichen in Schule, Ausgang et cetera.

### Vorbild 68er hat ausgedient

Der sich abzeichnende Protest seitens der Jugend schlägt jedoch schon Wellen in jene Sozialstrukturen, welche sich bislang entweder des Problems der Zuwanderung elegant entzogen oder sogar eine Masseneinwanderung unterstützt hatten. Die Institutionen wie Höhere Mittelschulen oder Technische Hochschulen, die bis zu einem gewissen Grad (jedoch nicht so extrem wie die Gymnasien und die meisten universitären Fakultäten) vom Ungeist der kommunistischen, internationalistischen 68er-Auguren unterwandert waren, scheinen nun allmählich eine Metamorphose zur nationalorientierten Vernunft und Besinnung zu ma-

Es gibt tatsächlich noch Kunst- und Kulturschaffende, die sich nicht der «faschistoiden» pseudohumanistisch-schemenhaften Polit-Kultur der Moderne verschrieben haben und frisch und frei aus dem Bauch heraus sagen dürfen, was ihnen nicht passt. So auch unser kometenhafter Volkrocker Gölä, der kürzlich nach einem mehrmonatigen Neuseeland-Abenteuer zurückgekehrt ist und nolens volens wieder vor die Kameras treten musste. Im Zuge eines Interviews beim «Sprachpanscher des Jahres 2000», Roger – Ich weiss es besser – Schawinsky, äusserte sich Gölä auf die Frage, wann er denn in Neuseeland einzuwandern gedenke, wie folgt: «Die (gemeint ist die Einwanderungsbehörde) sind eben nicht wie die Schweizer, die jeden «Tubel» hereinlassen!»



## Neue oder noie Töne im dunklen Musiklager

## Ehrsame Lehrer verhalten sich neutral



Alexander Nyffenegger, Musik-Journalist, Bern

Seit einiger Zeit schon hält die nationale Gesinnung Einzug in etlichen musikalischen Tätigkeitsfeldern, die bislang ausschliesslich von der linksextremistischen «Illusophie» dominiert wurden. Gerade der Bereich des düster-melancholisch anmutenden Gothic-/Dark- und Wave-Genres hielt sich bis dato eher zurück in politischen Angelegenheiten, geschweige denn in ideologischen Brennpunkten. Sein Wirkungsfeld beschränkte sich primär auf die sowohl sachliche als auch debile Auseinandersetzung mit satanischen Fragen, Ritualen und Lobhudeleien. Obwohl die tiefsinnige Beschäftigung mit okkulten Praktiken nicht symptomatisch ist mit einer garantierten Unterwerfung unter die diabolischen Mächte, war oder ist der Hang und Drang zur Preisung Luzifers ein zentraler Punkt in der obligaten Dark-Szene.

### Schwarz, weiss, tot

Umso abwechslungsreicher ist die Abspaltung einer kleinen «rechtsorientierten» Fraktion innerhalb dieser Szene, die sich kurioserweise auf einmal betont «links» gibt, seit verschiedene Bands nationales Gedankengut in die Dark-Welt transportiert haben. Jahrelang tummelten sich Herden von weiss geschminkten Todesanbetern im politisch neutralen «Gruftie»-Spektrum, und plötzlich verspüren die meisten von ihnen den Drang, anderen Mitstreitern eine braune Weltanschauung vorzuwerfen. Gerade die todessehnsüchtigen Apologeten in der Gruftie-Szene benötigten stattdessen eine Auffrischung ihres kreisförmigen Genres, weshalb die subtile Unterwanderung durch nationalistische Kräfte mit Freuden zu begrüssen ist.

Ein nationaldemokratisches Segment verspricht einerseits den Gewinn von neuen Anhängern, die sich bislang von der Dark-Szene distanzieren haben und mit der suizidalen Philosophie der Schwarzjünger nichts anzufangen wussten. Dabei ist die Musik ein wirklicher Genuss und bestens geeignet, nationale Jugendliche andererseits in den gegenseitigen Begattungshunger zwischen politischer Aktion und

Kulturschaffen zu geleiten, wofür selbstverständlich nicht nur die Dark-Welt prädestiniert ist.

### Politik und Kunst: ein brisantes Kapitel

Obwohl die Debatte um die Politik-Kunst-Kopulation seit Jahrzehnten geführt wird, hat sie heutzutage nichts an Aktualität verloren, im Gegenteil. Die gegenseitigen Fronten werden immer verhärteter, zumal in dieser Frage etwaige Kompromisse auszuschliessen sind. Viele Musikbegeisterte können sich nicht mit dem Anliegen ebenso vieler Musikschaffender – die Kunst als Plattform für politische oder ideologische Botschaften zu nutzen – anfreunden.

Gewiss kann man die Argumentation vom «reinen Musikvergnügen» ohne politischen Inhalt nachvollziehen, sie darf jedoch nicht Absolutheit erfahren. Warum?

Für etliche politische Aktivisten bietet die Kunst die einzige Möglichkeit, sich nahezu uneingeschränkt über Themen zu äussern, die den künstlerischen Individualisten beschäftigen. Wenn er dann sogar von ein paar wenigen Menschen zur Kenntnis genommen wird, ist das schon ein grosser Erfolg. Diese Form des «musischen Protests» ist vor allem dann gegeben, wenn der Aktivist keine für ihn geeignete politische Gruppe oder Partei oder was auch immer findet, die seinen Anliegen gerecht wird. Viele Individualisten sind ohnehin niemals von organisierten Polit-Aktionen zu überzeugen und gehen lieber ihren eigenen Weg. Im Lager der linksextremen Kunst, die heutzutage schon gesellschaftlich etabliert ist, fand dieses Konzept der politischen Kunst enorm grossen Anklang. Aus diesem Grunde ist – gerade in Bezug auf die Sensibilisierung der Jugend für nationale Anliegen – eine analoge Konzeption unumgänglich. Der nationale Polit-Künstler muss in Domänen vorstossen, die entweder weitgehend von der patriotischen Sozialkritik abgekoppelt oder traditionell «links» orientiert waren. Der Einbruch der dunklen Welle ist neben anderen musikalischen Stilrichtungen wie Punk, Black Metal, Techno oder auch Volksmusik und Liederkunst kennzeichnend für den frischen Wind in der jeweiligen Szene.



Es sei denn, sie heissen Bruno Ehrsam und erstatten mit ihrer Schulklasse Anzeige gegen die Schweizer Demokraten; wegen angeblichen Verstosses gegen das Maulkorbgesetz.

Stein des Anstosses war ein Flugblatt zu den Grossratswahlen im Kanton Aargau mit dem Inhalt «Gute Schulen für Schweizer Kinder». Die genannte Klasse des Herrn Ehrsam fühlte sich, offensichtlich unter dem Ansporn ihres Lehrers, aufgrund dieser Aussage ermutigt, unserer Bewegung rassistische Motive zu unterstellen.

Die Tatsache, dass jene Schulklasse über 50% Ausländer aufweist, dürfte zweifellos die unbedingte Richtigkeit unseres Flugblatts bestätigen.

Es ist zwar müssig, überhaupt die strafrechtliche Frage in Bezug auf diese lächerliche Anzeige zu erörtern, doch wenn selbst unserer Politik nicht gerade ausgesprochen freundlich gesinnte Menschen wie der berühmte Strafrechtler Marcel Niggli jene Anzeige als «nicht haltbar» abtun, dürfen wir dies ruhig festhalten. Soviel zur Absurdität und zum Missbrauch des Rassistismus-Paragrafen 261<sup>bis</sup>.

### Ehrsam muss weg

Gleichermassen zur Weissglut treibend verhält es sich jedoch mit dieser Lehrkraft namens Bruno Ehrsam. Es handelt sich hierbei um einen klassischen Vertreter der 68er-Generation, die heutzutage vor allem in pädagogischen Berufen aufzufinden ist und welche die «Otto-Normalo»-Gesellschaft mit ihrer multikulturellen und linksnobistischen Arroganz fürchterlich langweilt und zuweilen bis zur Zornesröte provoziert. Dieser (willige?) Helfer des Antirassismus-Inquisitors Hans Stutz hat durch seine unüberlegte Aktion uns Schweizer Demokraten gleich zwei Bärendienste erwiesen. Einerseits beschert uns der durch diese Anzeige verursachte Medieneffekt die



beste Propaganda unmittelbar vor den Aargauer Wahlen und andererseits fühlen vor allem wir Junge Schweizer Demokraten den unbändigen Drang in uns, das freiheitsfeindliche Maulkorbgesetz allmählich zu demontieren.

Der eifrige Antirassist aus Neuenhof ist aufgrund der willentlichen politischen Einflussnahme auf seine Schulklasse unserer Ansicht nach mit einem Disziplinarverfahren zu belegen, weshalb wir die ortsansässige Schulkommission um einen entsprechenden Antrag beim Aargauer Regierungsrat bitten. Es kann nicht angehen, dass die 68er-Lehrerschaft ihr bedauerliches Gesinnungsmonopol auf diese Art und Weise ausnutzt und Schüler sowie Auszubildende inskünftig mit persönlichen politischen Ressentiments vergewaltigt. Die Bildungsstätten haben ideologisch neutral zu bleiben, und wer diese Neutralität verletzt, hat jegliche pädagogische Reputation verspielt.

*Junge Schweizer Demokraten des Kantons Aargau*



## Sucht oder Sonne

Ziemlich überraschend überwies der Landrat mit 34 gegen 27 Stimmen ein Postulat von Margrit Blatter (SD, Reigoldswil) mit dem sinnigen Titel «Sucht oder Sonne». Darin wird angeregt, Lehrlingen und Jugendlichen, die in einer beruflichen Ausbildung beim Kanton angestellt und Nichtraucher sind, eine zusätzliche Ferienwoche pro

Jahr zu bewilligen. Bei Erfolg könnte diese Aktion auch auf weitere Bereiche der Privatwirtschaft freiwillig ausgedehnt werden. In der Zürcher Gemeinde Pfäffikon sei diese Aktion bereits durchgeführt worden. Das Postulat fand Unterstützung bei der Linken, bei der CVP und bei den SD; FDP und SVP dagegen lehnten ab.

# Die Holocaust-Industrie oder Wilkomirski lässt grüssen



Robert  
Berner,  
Rheinfelden

Das eben erschienene Buch «Die Holocaust-Industrie» von Norman G. Finkelstein trägt den Untertitel «Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird».

Wenig mit den Nazi-Verbrechen zu tun, geht es heute um eine Ideologie, um Unterstützung der israelisch-amerikanischen Machtpolitik. Obwohl in den USA das Pro-Kopf-Einkommen der Juden doppelt so hoch ist wie das der Nicht-Juden, ist dort heute jeder ein Holocaust-Opfer. Von den für das effektiv bedrohte Land Israel zusammengetrommelten Spenden gehe die Hälfte an jüdische Organisationen in Amerika.

## Holocaust einzigartiges Ereignis?

Wer daran zweifle, sei «Leugner». Die Unvergleichlichkeit des Holocaust wurde zum moralischen Kapital, zum «wertvollen Besitz» und legitimiert Ansprüche an andere Länder. Denn *alle* Nichtjuden seien – passiv oder aktiv – Täter. Alle hätten den Tod der Juden herbeigewünscht, mit den Nazi zusammengearbeitet. (Zwischenruf eines Aktivdienst-Veteranen: eben ging ich durch den Wald, sah unzählige Bunker und Panzersperren. Welch ein Aufwand, um die Nazi abzuhalten!)

## Wilkomirski als Trittbrettfahrer

Ein Schweizer namens Doessecker «erinnert» sich als Benjamin Wilkomirski seiner Holocaust-Schrecken. Sein Buch – in mehrere Dutzend Sprachen übersetzt – wurde zum preisgekrönten Aushängeschild des Holocaust. Man liest darüber im Kapitel «Schwindler, Geschäftemacher». Doesseckers Lügengeschichte stiess auf grosse Beachtung – ähnlich Wachmann Meili mit Gasteinladungen an US-Universitäten. Ob man dort überhaupt Kenntnis nahm von seiner späteren Entlarvung? Hauptsache ist und bleibt das Geschäft mit dem Holocaust. Auch Wahl-Propaganda: Jimmy Carter (auch er schon) regte ein Holocaust-Museum an, um jüdische Wähler zu ködern. Bezogen auf die Schweiz lese ich auf Seite 66: «Sogar in der Schweiz – der neutralen Schweiz – wollen alle die Nichtjuden die Juden töten». Solches liest sich unwidersprochen in

den USA und kein Bundesrat protestiert dagegen!

## Doppelt abkassiert

So die Überschrift des dritten Kapitels. Überlebt haben die Konzentrationslager (grob geschätzt) 100'000 Menschen, Juden und Nichtjuden. Wir sahen die Knochengrippe. Viele hatten nicht mehr lange zu leben. Heute ist die Holocaust-Industrie zum erpresserischen Geschäft ausgeartet, an dem sich vorab jüdische Anwälte bereichern. Bundesrat Delamuraz nannte das Treiben hellsichtig Erpressung. Dafür wurde er auch hier getadelt. Schon früh sei klar geworden, «dass die Schweiz eine leichte Beute sein würde». Der sogenannte Jüdische Weltkongress mobilisierte «das gesamte politische Establishment der Vereinigten Staaten». Eine schamlose Diffamierungskampagne sei in Gang gesetzt worden. Jüdische Flüchtlinge seien (in der Schweiz!) in Zwangsarbeitslager eingesperrt worden. In diesem dritten Kapitel lesen wir alle Vorwürfe gegen unser Land, «eine fünfzig Jahre dauernde Verschwörung von Schweizern und Nazis, um von den europäischen Juden und Über-

## Hauptthesen von Prof. Finkelstein

1) Holocaust zur Rechtfertigung der «verbrecherischen Politik» Israels missbraucht.

2) Holocaust dient dazu, «die jüdische Auserwähltheit zu bestätigen», «jene herumzukommandierenden» (z.B. die Schweizer), die nicht «in der Lage sind, sich zu wehren».

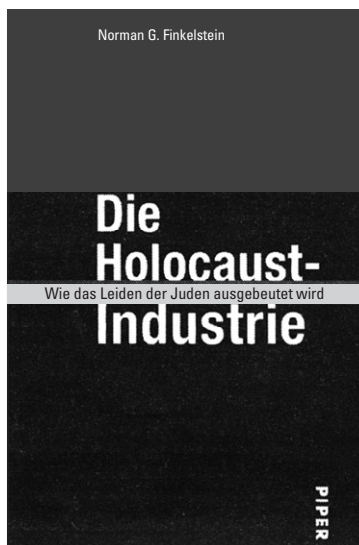
3) Die Behauptung, der Holocaust sei ohne Beispiel, ist «purer Chauvinismus».

4) Holocaust-Museen in Amerika sind nicht angebracht, da es keine Museen über Verbrechen «der amerikanischen Geschichte» gibt.

5) Die Zahl der noch lebenden Holocaust-Opfer wurde um das Zehnfache übertrieben.

6) Viele der erpressten Mittel werden nicht an Überlebende des Holocaust, sondern an jüdische Organisationen fliessen.

7) «Was geschah mit den nachrichtenlosen Holocaust-Konten bei amerikanischen Banken?» – USA hier schlimmer als die Schweiz.



lebenden des Holocaust Milliarden zu stehlen» (Seite 99), grösster Raubzug in der Geschichte der Menschheit. Haben wir keinen Botschafter in Washington?

## Sammelklagen und Boykott-Drohung

Mit drei Sammelklagen und angelegtem wirtschaftlichen Boykott wurde die Schweiz erpresst. New York, New Jersey, Rhode Island, Illinois, Los Angeles, Kalifornien, Massachusetts, Pennsylvania, Connecticut, Florida, Michigan beteiligten sich am Rufmord gegen unser Land. «Mitte August (1998) kapitulierten die Schweizer schliesslich». Bedenklich! Weder vor Hitler, noch vor Mussolini haben wir kapituliert. Finkelstein geizt nicht mit dem Vergleich zu den USA. Diese erliessen – in viel komfortablerer Lage – Einreiseperrren für Juden, verweigerten einem Flüchtlingsschiff die Landung. Wir als kleines Land hätten gleichviel Flüchtlinge aufgenommen wie die USA, schreibt Finkelstein. Demgegenüber sind die «Sünden der Schweiz» klein und auch durch die Umstände gegeben. Ganz offensichtlich geht es bei der Holocaust-Anklage um schamlose Bereicherung der Anwälte, bei Fagan für einen Einzelfall um 4 Millionen Dollar. Dann bereichert sich der WJC. «Fast die Hälfte des Geldes aus der Schweiz wolle dieser für jüdische Organisationen und Holocaust-Fortbildung». «Nachdem die Honorare der Anwälte bezahlt sind, werden die Gelder aus der Schweiz in die Tresore der jüdischen Organisationen fliessen» (Seite 113). Allein schon die Suche nach nachrichtenlosen Konten habe die Schweizerbanken 500 Mio. Dollar gekostet. Dabei fanden sich kaum Unregelmässigkeiten. Finkelstein: «Das Sündenregister der USA ist viel schlimmer als das

der Schweiz». Dort und in Israel gibt es keine Überprüfungen. Trotzdem behauptet ein israelischer Abgeordneter entsprechende «Verbrechen» der Schweizer Banken.

## Im selben Text weiter

Nachdem die Schweiz «abkassiert» sei, werde nun das übrige Europa, auch Osteuropa, «geprüft». Erneut sind Sammelklagen und wirtschaftlicher Boykott in Sicht. Besitztümer ohne Erben müssten der World Jewish Restitution Organization zufallen. Dies, obwohl der «Weltkongress» (WJC) schon über 9 Milliarden Dollar aus eingetribenen Zahlungen besitze. Bronfman strebt eine «Stiftung des jüdischen Volkes» an. Mit Nationalbankgold? Als man die Schweiz abkassierte, nannte man 250'000 Holocaust-Überlebende. Auf unerklärliche Weise hat sich inzwischen deren Zahl vervierfacht. Und so steigen auch die Geldforderungen ins Astronomische.

## Im Frieden ruhen lassen

Das empfiehlt der Buchautor als «edelste Geste»: die Toten im Frieden ruhen zu lassen. Dazu der Rezensent des Buches: «Verwechseln wir die bei uns lebenden Juden nicht mit den Erpressern in den USA.» Diese sind im Buch namentlich genannt. Auch US-Regierungsmitglieder. Es ist zutiefst bedauerlich, dass sich unsere Grossbanken derart ins Bockshorn haben jagen lassen. Sie haben Volksvermögen einem Dogma geopfert, im Buch «Heiligsprechung des Holocaust» genannt. Ich habe meiner Besprechung nichts beigefügt, das nicht von Norman G. Finkelstein stammt. Er ist Dozent an der City University New York und nach WJC-Definition selbst betroffenes Holocaust-Opfer.

Norman G. Finkelstein, *Die Holocaust-Industrie*, Piper München/Zürich, 2001, 234 Seiten, gebunden, ISBN 3-492-04316-X, zu beziehen bei:

**Schweizer Demokraten, Postfach 8116, 3001 Bern, für Fr. 35.–**

Ich bestelle ..... Exemplare

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

# Norman G. Finkelstein – ein Augenschein



Hans Steffen,  
a. Nationalrat,  
SD/ZH,  
Fischenthal

Im grossen Konzertsaal des Zürcher Konservatoriums fand am Donnerstag, 8. Februar 2001, ein interessantes Podiumsgespräch unter der sachlichen Leitung des NZZ-Redaktors Max Frenkel statt. Ein geladen waren einerseits Norman G. Finkelstein, der Verfasser des Buches «Die Holocaust-Industrie – Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird», und andererseits der Vizepräsident des European Jewish Council und Präsident des schweizerischen Holocaust-Fonds, Rolf Bloch. Obwohl der Eintritt zur Veranstaltung 20 Franken kostete, konnte der Saal nicht alle Interessierten fassen.

## in den Kästchen:

**Textpassagen aus  
Norman Finkelstein  
«Die Holocaust-Industrie»**  
Zusammengestellt von  
NZZ-Redaktor Max Frenkel

Finkelstein wurde 1953 als Sohn jüdischer Überlebender des Holocaust geboren und lehrt an der New Yorker City Universität Politikwissenschaft. In seinem Buch geisselt er – wie er sich ausdrückt – die «kriminelle» Geschäftemacherei mächtiger jüdisch-amerikanischer Organisationen, denen er eine schändliche Vermarktung des Holocaust, das Anheben der Zahl der Holocaust-Überlebenden und einen unkorrekten und zögerlichen Umgang mit den eingeforderten Entschädigungsgeldern vorwirft. In seinem Buch schildert er besonders einge-

«Mein Vater wie meine Mutter waren Überlebende des Warschauer Ghettos und der Konzentrationslager der Nazis. Abgesehen von ihnen selbst sind alle Familienmitglieder meiner beiden Eltern von den Nazis ausgelöscht worden.» (S. 11)

«Meine Eltern fragten sich oft, weshalb mich die Verfälschung und Ausbeutung des Völkermords der Nazis so empörten. Der Hauptgrund ist der: Man hat ihn dazu benutzt, um die verbrecherische Politik des israelischen Staates und die amerikanische Unterstützung für diese Politik zu rechtfertigen.» (S. 14)

hend die «erpresserische» Ausbeutung der Schweizer Banken.

## Wischen vor der eigenen Türe

Zu Recht fragt Finkelstein: «Was geschah mit den nachrichtenlosen Holocaust-Konten bei den amerikanischen Banken?» Er vermisst das Protestgeschrei amerikanischer Abgeordneter gegen die «perfiden» US-Bankers. Weil Geld auf solchen Konten nach fünf oder

«Der wahre Grund für das öffentliche Schweigen über die Vernichtung durch die Nazis liegt in der konformistischen Politik der Führung der amerikanischen Juden und im politischen Klima im Amerika der Nachkriegszeit.» (S. 19f) «Als die antisemitischen Schranken nach dem Zweiten Weltkrieg schnell fielen, stiegen die Juden in den Vereinigten Staaten zu überragender Bedeutung auf. ... Die jüdische Identität ist weit davon entfernt, dem Erfolg im Weg zu stehen – sie ist die Krone dieses Erfolgs. ... Ungeachtet dessen begann die jüdische Führung Alarm zu schlagen, dass die Juden Amerikas von einem ansteckenden «neuen Antisemitismus» bedroht seien. ... Wie gleich zu sehen sein wird, war DER HOLOCAUST die negative Version ihres gepriesenen Erfolges: Er diente dazu, die jüdische Auserwähltheit zu bestätigen.» (S. 42) «Jene herumzukommandieren, die am wenigsten in der Lage sind, sich zu wehren: Das steckt wirklich hinter der von den organisierten Juden Amerikas kultivierten Courage.» (S. 47)

zehn Jahren an den Bundesstaat abgeliefert wird, wäre kaum mehr viel zu holen. Zwar haben die jüdischen Organisationen bei den Forderungen an die Schweizer Banken stets von «Rückgabe von Werten an die Berechtigten» gesprochen, wollen aber jetzt einen grossen Teil der Gelder allgemein für jüdische Belange einsetzen. So ist beabsichtigt, mit diesen Überschüssen Museen, Bücher, Lehrpläne, Filme und Programme über den Holocaust nicht nur in den USA zu finanzieren. Auf sein Land bezogen schreibt Finkelstein; «Holocaust-Museum in der Hauptstadt des Landes (USA)... Diese Einrichtung an der Washington Mall vertritt sich insbesondere nicht mit der Tatsache, dass hier (in Washington) kein Museum existiert, welches der Verbrechen im Laufe der amerikanischen Geschichte gedenkt (S. 79). Anders ausgedrückt: Die Amerikaner sollten sich auf die dunklen Seiten ihrer Geschichte zurück besinnen, wie etwa die Versklavung schwarzer Afrikaner und die Ausrottung der Ureinwohner, der Indianer.

«Die Behauptungen, dass der Holocaust einzigartig sei, sind intellektuell unfruchtbar und moralisch verwerflich, doch sie bleiben bestehen.» (S. 55) «Der Gedanke, der Nazi-Holocaust sei beispiellos, nicht übertragbar, unverbunden mit dem Rest der Geschichte, ist keine wissenschaftliche These. Das ist purer Chauvinismus.» (S. 177)

## Ein faires Gespräch

Auch Rolf Bloch bemühte sich um eine faire Führung des Gesprächs, und dies obwohl er selber ein Vertreter der hart angegriffenen Institutionen ist. Entgegen der Behauptung Finkelsteins, die amerikanische Seite habe Anschuldigungen gegen die Schweiz und die Schweizer gerichtet, bestand Bloch auf seiner Sicht der Dinge, nämlich: Die Anschuldigungen seien gegen die Schweizer Banken gerichtet gewesen und hätten letztlich zum Entschädigungsvorgang von 1,25 Milliarden Dollars geführt. Die Taktik Blochs war insofern klug, als er die Antworten Finkelsteins auf die teilweise provokativen Fragen des Moderators Frenkel mehr oder weniger kritisch kommentierte.

## Ein lesenswertes Buch

Finkelstein kritisiert konkret die Aktivitäten von Leuten wie Bronfman, Singer, Steinberg, Wiesel und Eisenstat. Da fallen harte Worte wie «Gangster, Erpresser, Ausbeuter und Piraten des Holocausts». Sein Zorn richtet sich also an eine schmale Schicht von Exponenten des jüdisch-amerikanischen Establishments. Die Frage an Finkel-

«Ungeachtet des ganzen Rummels gibt es keinen Beleg, dass die Leugner des Holocaust in den USA einen nennenswerten grösseren Einfluss ausübten als die Gesellschaft zur Unterstützung der Erdscheiben-Hypothese. Angesichts des Unsinn, den die Holocaust-Industrie täglich auf den Markt wirft, wundert man sich eher, warum es so wenige Skeptiker gibt. ... Wie anders sollte man in einer Gesellschaft, die bis oben hin mit DEM HOLOCAUST gesättigt ist, immer noch weitere Museen, Bücher, Lehrpläne, Filme und Programme rechtfertigen, als damit, das Gespenst der Leugnung des Holocaust heraufzubeschwören?» (S. 75f) «Holocaust-Museum in der Hauptstadt des Landes ... Diese Einrichtung an der Washington Mall vertritt sich insbesondere nicht mit der Tatsache, dass hier kein Museum existiert, welches der Verbrechen im Laufe der amerikanischen Geschichte gedenkt.» (S. 79)

stein, ob er ein jüdischer Antisemit sei, brauchte er nicht zu beantworten, denn er ist kein «Verallgemeinerer». Mit seiner Kritik liegt er ganz auf der Linie anderer jüdischer Kreise in den USA und auch in der Schweiz. So schrieb Rabbi Schwartz von den «Friends of Jerusalem» aus New York in einem offenen Brief, welcher anlässlich der Kampagne gegen die Schweiz als Inserat in der New York Times veröffentlicht wurde, folgendes: «Wir müssen gemäss der Torah (5 Bücher Mose) erklären, dass die wahren Juden sich gegen diese rebellischen Aktionen verwahren: Aktionen wie Ermittlungen, Anschuldigungen und Forderungen gegen die Schweiz... Wir verwahren uns gegen Boykottandrohungen, nötigende Taktiken, Beleidigungen und Einschüchterungen... Wir wissen, dass die Schweiz während des 2. Weltkrieges ein Rettungshafen für Tausende von Juden war...»

«Der Gribetz-Plan sieht sage und schreibe 800 Millionen Dollar aus den 1,25 Milliarden der Schweiz vor, um rechtsgültige Ansprüche auf nachrichtenlose Konten aus der Zeit des Holocaust abzudecken. ... In Wahrheit scheint diese Schätzung grotesk übertrieben. ... Tatsächlich werden die verbleibenden Mittel fast sicher an jüdische Organisationen fliessen, nicht nur, weil die Holocaust-Industrie das letzte Wort hat, sondern auch, weil man sie erst in vielen Jahren verteilen wird, wenn nur noch wenige von den eigentlichen Überlebenden des Holocaust am Leben sind.» (Seite 165f)

## Literatur für das Schweizer Politestablishment

Finkelstein und Schwartz sprechen als jüdische Menschen Dinge aus, welche im Diskurs um das Verhalten von Staat und Banken vor rund 60 Jahren nötig sind. Die beiden werden durch die US-Verfassung geschützt, denn sie erklärt die Meinungsfreiheit als höchstes Gut. Im Nachhinein sollte der Mensch eigentlich immer klüger sein. So wäre es wünschenswert, wenn Bundesräte und Parlamentarier, Damen und Herren, dieses Buch lesen würden, bevor sie eine Vorlage für eine «Solidaritätsstiftung» beschliessen.

Norman G. Finkelstein  
**Die Holocaust-Industrie**

Wie das Leiden der Juden  
ausgebeutet wird

Verlag Piper  
ca. 220 Seiten, gebunden, Fr. 35.–



## PUBLIKATIONEN








## Generelle Betrachtung der EU und der UNO

Die Ortsgruppe SD-Reinach (BL) und Umgebung hat im vergangenen Jahr vier Abendsitzungen mit Vorträgen durchgeführt, wobei zum Teil aussenstehende Referenten eingeladen wurden. Diese Serie wurde am 15. Februar erfolgreich fortgesetzt. Zum Vortrag von **Frau Doris Auerbach, Bettingen**, «Generelle Betrachtung der EU und der UNO» haben sich mehr als 50

SD-Mitglieder und Gäste im Gasthof Ochsen in Reinach eingefunden. Die Autorin ist Ausländerin, von Beruf Übersetzerin und auch in der Friedensbewegung peace-2000 tätig. Die SD wurde auf die Frau aufmerksam durch einen Artikel in der Basler Zeitung vom 15. Mai 2000: «Apropos Fremdenfeindlichkeit und Menschenrechte: Direkte Demokratie statt Waffen und Ausbeutung!»

Der Vortrag liegt im A5-Format in gedruckter Form vor und umfasst 24 Seiten. Einzelpreis: Fr. 3.-. Zu beziehen bei SD-Reinach und Umgebung, Postfach 110, 4153 Reinach 2, PC 40-170721-0.

## Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirk Aarau	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr
	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Bezirkspartei Bremgarten	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen
	Sektion Kulm	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Freiämterhof, Villmergerstrasse 7, Wohlen
	Bezirkspartei Lenzburg	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden ersten Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Bern 	Stadt Bern	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern
	Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg
	Sektion Ob- und Nid-Emmental	Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal
	Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion St. Gallen und Umgebung	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat in einem Saal im Restaurant Dufour, St. Gallen
	Sektion Wil und Umgebung	Info-Abend am 9. April 2001, 19.45 Uhr im Restaurant Fass, Hubstrasse in Wil
Thurgau 	Thurgau	HV am 20. März, 20.00 Uhr im Hotel zum Trauben, Weinfelden (Gerichtsherrenstube) (vgl. auch nebenstehenden Kasten)
Zürich 	Sektion Bülach	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Sternen, Kirchgasse 36, Kloten
	Sektion Dielsdorf	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf
	Sektion Hinwil	Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Metzg, Walderstr. 19, Hinwil
	Sektion Limmattal	Stammtisch am ersten Dienstag des Monats, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren
	Sektion Uster	Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf
	Sektion Winterthur	Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss



### Keinesfalls vergessen!

**20. März 2001, 20.00 Uhr, Weinfelden**

(Hotel «Zum Trauben», Gerichtsherrenstube)

«Demokratie in der EU?» Frau Dr. Joh. Grund zeigt, dass in der EU Demokratie und erst recht Gewaltentrennung klein geschrieben werden! Als EU-Turbo und Advokatus Diaboli haben wir CVP-TG-Sekretär Markus Hungerbühler geladen. Bitte verpassen Sie diese Jahresversammlung auf keinen Fall! Sie bekommen viele Infos...

## Anzeige

### Das Buch

#### «Biopolitik»

unseres Redaktionsmitgliedes  
**Dr. med. Jean-Jacques Hegg ist erschienen!**

Bis zum 31. März 2001 kann es noch zum Subskriptionspreis von Fr. 38.- bezogen werden. Nachher gilt der Ladenpreis von Fr. 44.-. Bestellformulare zum ermässigten Bezug sind beim Verlag, Edition Hans Erpf, Postfach 6018, 3001 Bern, oder beim Verfasser, Dr. Jean-Jacques Hegg, Greifenseestr. 35, 8600 Dübendorf, erhältlich.

### Steuererklärungen (ganze Deutschweiz)

Formular ausgefüllt ab Fr. 95.-  
AHV-Bezüger(innen) ab Fr. 65.-

Sie können uns Ihre Unterlagen auch per Post zustellen.

### Betriebsberatung + Treuhand

Friedrich Auf der Maur  
Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau  
Tel. (01) 946 00 51, Fax (01) 946 00 52



 **Kanton Bern** 

Dringliche Interpellation Lydia Riesen (SD)

**«Luxus-Dienstreisen des Gemeinderates»!  
Auf Kosten des Steuerzahlers?**



Lydia Riesen,  
Stadträtin,  
SD, Bern

Wie der Presse zu entnehmen war, lassen sich gewisse Damen und Herren Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sowie die Stadtschreiberin gelegentlich per Dienstwagen nicht nur im Inland, sondern sogar im Ausland per Extrafahrt abholen.

«Ein Reislein in Ehren, würde dem Gemeinderat samt Beamten niemand verwehren»

Nur weil es zwei Damen offenbar nicht genäh war, zusammen mit der ganzen Gesellschaft erst nach dem Abendessen die Heimreise von Strassburg, via Deutschland, nach Bern anzutreten, sollen sie laut Medienbericht kurzerhand die in Bern stationierte Staatslimousine samt Chauffeur angefordert haben, um sie von Frankreich abzuholen und nach Bern zu chauffieren.

Es ist für den «normalen Bürger» absolut unverständlich, wenn solche unnötigen Luxusfahrten tatsächlich auf Kosten des Steuerzahlers finanziert werden!

Aus diesem Grund ersuche ich den Gemeinderat höflichst, mir folgende Fragen zu beantworten.

1. Wieviele Dienstwagen-Fahrten wurden in den letzten zwei Jahren

insgesamt unternommen, verteilt auf die jeweiligen Direktionen, inklusive Stadtpräsidium, und wie hoch belaufen sich die effektiven Kosten pro Jahr?

2. Kann der Gemeinderat belegen, durch wen, oder allenfalls wie diese Extra-Kosten dem Steuerzahler verrechnet werden?

3. Trifft es zu, dass sich Frau Stadtschreiberin Maeder sowie Frau Gemeinderätin Omar das Recht genommen haben, sich per Extrafahrt, von der in Bern stationierten Staatslimousine samt Chauffeur, in Frankreich abholen zu lassen, um sich nach Bern zu chauffieren, obwohl ein Kleinbus für die ganze Delegation zur Verfügung stand?

4. Haben Frau Stadtschreiberin und Frau Gemeinderätin das Recht, sich per Extrafahrt, dazu noch aus dem Ausland, abholen zu lassen, obwohl Stunden später die gesamte Gesellschaft die Fahrt nach Bern angetreten hat?

5. Welche zusätzlichen Kosten wurden durch diese Extrafahrten verursacht?

**Begründung der Dringlichkeit:**  
Aufgrund der erneuten Vorkommnisse herrscht in Berns Bevölkerung grosse Betroffenheit, Enttäuschung, Wut und Empörung über aufgedeckte mögliche Fehlverhalten gewisser Gemeinderäte und Spitzenbeamtinnen. Eine sofortige Aufklärung ist daher von dringender Notwendigkeit.

Bern, 1. März 2001  
Lydia Riesen

**Politische Kaste: Eigennützig, selbstherrlich und korrupt?**

**Der Berner SP-«Stapi» Klaus Baumgartner, der Zürcher Sozialstadtpresident Josef Estermann und der CVP-Nationalratspräsident Peter Hess: Drei Affären, die folgende Fragen aufwerfen. Ist es die Macht, die korruptiert? Ist es das System, das üblen Gesetzmässigkeiten folgt? Verlieren die mächtigen Mandatsträger mit fortschreitender Zeit im Amt mehr und mehr den Bezug zur Realität? Überall dort, wo sich führende Politiker als eigennützig, selbstherr-**

lich oder korrupt entpuppen und entlarvt werden, schaden sie sich nicht nur selber, sondern auch der Politik und somit der Allgemeinheit. Zwar liegt unser Land in der internationalen Liste der Korruptionsresistenz immer noch auf einem guten vorderen Platz. Die vorerwähnten drei Fälle zeigen uns jedoch erneut, dass die Eidgenossen leider längst nicht mehr jene Musterknaben sind, für die sie sich lange hielten und teilweise immer noch halten.

**Städtische Volksinitiative:**

**Berner Bär muss bleiben**

Der rot/grün dominierte Stadtberner Gemeinderat will den lieb gewonnenen Berner Bär aus dem offiziellen Logo der Stadt Bern vertreiben und durch ein seelenloses «B» ersetzen.



Ein überparteiliches Komitee will diesen Unsinn verhindern. Helfen auch Sie mit. Unterschriftenbogen können bestellt werden bei: SD, Postfach 8112, 3001 Bern

**Die Akte Estermann: Peinlich und politisch inakzeptabel**

Wenn der sozialdemokratische Zürcher Stadtpresident Josef Estermann für den Milliardenär und Steuerhinterzieher Marc Rich bei Bill Clinton per Musterbrief um Gnade bittet, ist das zwar nicht verboten. Es ist aber peinlich und politisch inakzeptabel.

**Die Affäre Baumgartner: Eigennützig und kleinkariert**

Dass sein Berner Partei- und Amtskollege Klaus Baumgartner jahrelang von Mietzinsvergünstigungen profitiert hat und die Erhöhung auf Marktniveau nun auch noch anführt, ist auch kein Fall für die Gerichte. Damit hat sich aber Baumgartner als eigennütziger, kleinkarierter Profiteur entlarvt.

**Der Fall Peter Hess: Das Ansehen der Schweiz geschädigt**

Wenn Nationalratspräsident Peter Hess nur einen Bruchteil seiner 48 Mandate deklariert, mit denen er in Bern statt das Volk Partikularinteressen vertritt, verstösst auch er nicht gegen das Gesetz. Auch dann nicht, wenn er «vergisst», Verwaltungsratsmandate offen darzulegen, die offenkundig zu Interessenkonflikten führen können. Politisch jedoch drohen solche heimliche Aktivitäten des «höchsten» Schweizer das Ansehen unseres Landes generell zu schädigen.

**Alles rechtens?**

«Es ist doch alles rechtens und nicht verboten», mag manch ein Genosse oder «Schwarzer» einwenden. So ist es. Darum geht es aber gar nicht. Es geht um viel mehr: Es geht in allen drei erwähnten Fällen um die Integrität von «Würdenträgern», die sich bei näherem Hinsehen als doch nicht so ganz würdig oder gar als veritable «Problem-Politiker» entlarvt haben. Es sind Politiker, die nicht ganz begriffen, oder schon vergessen haben, dass sie in einem hohen öffentlichen Amt im Zweifelsfalle die Interessen der Öffentlichkeit voranstellen und auf private Vorteile oder persönliche Anbiederungen konsequent verzichten müssen.

**Schutz vor Problem-Politikern**

Solche Politiker diskreditieren die Politik generell, denn sie leisten den weit verbreiteten Vorurteilen zu Recht Vorschub, «die da oben» machten dank ihrer Macht ja sowieso «was sie wollen». Das wiederum schlägt sich in der angewiderten Abkehr breiter Bevölkerungskreise von der Politik nieder.

Deshalb hat die Politik ein ureigenes Interesse, sich von solchen Problem-Politikern zu distanzieren und sich vor ihnen zu schützen. Wie kann sie das? Sie kann es auf zwei Arten: Erstens muss die hierzulande erstaunlich hohe Reizschwelle für den Abgang angeschlagener Politiker aus hohen Ämtern schnell herunterkommen.

**Rasche Rücktritte**

Jetzt sind die Parteien gefordert: Es gibt überhaupt keinen einzigen Grund, weshalb wichtige Städte wie Bern und Zürich weiter von angeschlagenen SP-Präsidenten geführt werden sollen. Das gilt nicht nur für die SP, sondern auch für die CVP im Nationalrat. Es gibt integre CVP-Ratskollegen, die schon in der laufenden Session das wichtige Amt vom in arge Schieflage geratenen Peter Hess übernehmen könnten.

Das positive Signal rascher Rücktritte angeschlagener Amtsinhaber wäre unmissverständlich: Für die höchsten Ämter im Land sind Leute nicht geeignet, auf deren Amtsverständnis und Integrität Schatten des Zweifels gefallen sind. Legt man an die hohen Repräsentanten des Staates nicht entsprechend hohe Massstäbe an, wird steigendes Misstrauen gegen Politik und Politiker eine absehbare, direkte Folge sein.

**Zweifelhafte Verflechtungen prüfen**

In der Schweiz, mit ihrer schwerfälligen Konkordanz, ist ein Wechsel zu einer härteren Gangart gegenüber hohen Würdenträgern freilich nicht so einfach machbar. Darum muss zweitens und vor allem die

## Politische Kaste

Fortsetzung von Seite 9

Hürde für Aspiranten auf die höchsten Ämter im Land, wie den Bundesrat, die Präsidien der beiden Räte oder das Bundesgericht hinsichtlich Integrität erhöht werden. Konkret: Die Parteien, aber auch das Büro der Bundesversammlung sollten künftig Kandidierende für solche Posten auf mögliche Interessenkonflikte aus aktuellen oder früheren zweifelhaften Verflechtungen vertieft überprüfen.

Der Fall Peter Hess zeigt klar auf, dass auch hier vorgängige Kontrolle besser wäre als das blauäugige

Vertrauen in die Selbstdeklaration «bedeutender» Interessenbindungen durch die Mandatsträger in eigener Sache.

Egoismus und mögliche oder tatsächliche Bereicherung auf Grund der Bekleidung eines hohen Amtes sind unserer Demokratie unwürdig. Parteien, welche solche Politiker in ihren Reihen dulden, diskreditieren sich selber. Noch eine letzte Frage sei gestattet: Weshalb gibt es insbesondere in der SP so augenfällig überproportional viele Spitzenpolitiker und Spitzenbeamte, welche ein hohes Amt eigennützig missbrauchen?

sind alle anderen! Wen wundert, dass Einbürgerungen zum Ärger geworden sind? Stein des Anstosses ist auch die Tatsache, dass zwar Eingebürgerte von der Ausländerliste verschwinden, die Zahl der Ausländer trotzdem nicht abnimmt! Wie ist das möglich? Ganz einfach, jeder Eingebürgerte wird augenblicklich durch einen neuen Einwanderer ersetzt. Was ist das für ein faules Spiel? Durch die Erhöhung der Zahl der Schweizer können zudem weitere Ausländer einwandern – bei gleich bleibendem Prozentanteil der Ausländer. Darum, stoppen wir die faulen Tricks endlich!

### Art. 261<sup>bis</sup> sofort abschaffen, Konvention aufkündigen!

Alles wird mit Rassismus-Klagen eingedeckt, selbst jene, die Realitäten nennen und politische Missstände aufdecken möchten. Genau das aber wurde vor der Rassismus-

abstimmung 1994 energisch in Abrede gestellt. Heute ist klar, der § 261<sup>bis</sup> dient einzig und allein der Unterdrückung einer anderen Meinung im Lande, vor allem bei Einwanderung, Asylleerlauf, Verschacherung unseres Landes und Verschleuderung unserer Rechte und Freiheiten! Eben hat eine Real-Klasse von Neuenhof im Aargau die SD Aargau eingeklagt, weil diese Partei es gewagt hatte, für Schweizer Kinder wieder eine vollwertige Ausbildung zu fordern, die bei heutigen Ausländeranteilen einfach nicht mehr möglich ist. Dabei hätte doch gerade diese Klasse, 9 von 11 Kindern sind Ausländer, allen Grund, ein Sensorium für das Absinken des Bildungsniveaus zu entwickeln und auch einmal an die betroffenen Schweizer Kinder zu denken. Offenbar hat der (linke) Lehrer andere (politische) Absichten mit seinen Schulkindern!

Schweizer Demokraten, Thurgau, Kantonale Parteileitung



## Kanton Thurgau



## Halb tot geschlagen und kein Prozess!

Mitte Januar berichteten die Medien über einen Prozess gegen fünf Skinheads in Konstanz. Sie sollen am letzten Seenachtsfest, im August 2000, zwei Türken angepöbeln und in den See gestossen haben. Von den jungen Schweizern, die von einer Horde von Ausländern mit voller Absicht schwer verletzt wurden, kein Wort! Einer von ihnen hat nur mit Glück überlebt. Hirnblutung und wochenlanges Koma in der Intensivstation, dazu Arbeitsunfähigkeit bis heute mit täglicher, intensivster Rehabilitation und der Ungewissheit, ob er je wieder sein wird, was er einmal war! Wo sind da die polizeilichen Schritte und die rechtlichen Mittel? Das fragen nicht nur wir Schweizer Demokraten und Freunde des einst hoffnungsvollen Jungen Schweizer Demokraten. Vielleicht weiss da unser Regierungsrat und (Rechts-)Extremismusexperte Graf-Schellig mehr, aber schweigt dazu, weil die Gewalt, und nicht zum ersten Male, von Ausländern gekommen ist?

### Poststellen, mit dem Geld der Gemeinden?

Einst hatten wir eine gut funktionierende PTT. Dann haben Bundesrat und Parlament – auch Thurgauer National- und Ständeräte – die Privatisierung der Gewinn abwerfenden zwei T's beschlossen. Seither wird auf dem Buckel der Land- und Bergbevölkerung, aber auch auf Kosten der Wirtschaft bis hinunter zum armen Rentner bei der Post abgebaut und unflätig aufgeschlagen. Ach wie erstaunt und entrüstet lamentieren unsere Regierungsparteien; scheinheilig meinen sie, Gemeinden müssten eingreifen, damit Poststellen erhalten bleiben, während die Gewinne der privatisierten TT's in andere Taschen fließen. Eingreifen heisst

doch nichts anderes als zahlen. Noch mehr Kosten sollen also an die Volksbasis und Gemeinden verlagert werden! Danke, liebe Volksvertreter, für dieses Geschenk.

### Der Rote Dani und die Thurgauer 68er!

Ist es nicht eine Schande, dass ein militanter deutscher RAF-Terrorist – oder war der «Rote Dani» ein Bombenleger oder sogar ein Mörder – im Schweizer Fernsehen eine Literatur-Diskussionssendung betreut und moderiert? Wie kann DRS einem Linksextremisten der übelsten Art Arbeit und ein Podium bieten? Haben nicht DRS-Journalisten und -Moralisten immer wieder das Volk beschworen, «den Extremen kein Podium zu geben»? Offenbar gilt dies nur für Skins. Linke, Rote oder marxistische Mörderbanden haben weltweit 105 Mio. Menschen umgebracht. Ist der Tod durch linke Mörderhand leichter zu ertragen? Ist also linker Extremismus nach DRS-Lesart kein Verbrechen? Wann gelten endlich gleich lange Spiesse für alle Extreme und in welchen Ämtern und Würden sitzen im Thurgau die 68er? Wann werden sie ihre Vergangenheit offenlegen und ihr abschwören, oder müssen wir Schweizer Demokraten sie dazu zwingen?

### Stoppt diese faulen Einbürgerungen!

Neu Eingebürgerte werden Doppelbürger und damit rechtlich, menschlich und finanziell 1.-Klass-Bürger. Sie haben Figgi und Mühle im Kriegsfall, wirtschaftlich und bis hin zum hohen Alter. Sie können als vollwertige Bürger immer in jenem Staate ihre Interessen wahrnehmen, der ihnen gerade am meisten bieten kann. Die Dummen

## Zürich / St. Gallen / Thurgau

## Mehr Grausamkeiten, mehr Kriminalität – weniger Information!

Täglich wird in diesem Lande eingebrochen und zwar seit Jahren – auch im Thurgau! Kapo und Medien sind dazu übergegangen, solche «Bagatellen» mit Serien-Meldungen bekannt zu geben: «Im Raume Sowieso wurde in 5 Einfamilienhäuser eingebrochen. Dabei wurden Schmuck, Bargeld und Wertgegenstände im Betrage von 15'000 Franken erbeutet. Der Sachschaden beträgt ein Mehrfaches.» Schluss, Ende der Meldung. Seit Jahren warten Bürger und Betroffene auf die Lösung der Fälle, auf Folgen für die Täter – meist vergeblich! Versicherungen haben auf Kosten aller Prämienzahler die Millionen-Schäden zu übernehmen. Private zahlen aus dem eigenen Sack! Betroffene haben selber zu sehen, wie sie menschlich und seelisch zurecht kommen. Für Medienleute scheint dies alles heute kein Thema zu sein! Die strapazierte Menschlichkeit gegenüber kriminellen Gästen und rücksichtslosen Nutzniessern unserer Einrichtungen ist absolut prioritär!

### «Freier Personenverkehr» ab 1. Januar 2001 – Abbau der Grenzkontrollen

Wen wundert's, dass so viele Verbrechen einfach in unser Land marschieren können: Keine Grenzkontrollen, dazu Abbau der Zollstationen und Zollorgane, denn man will ja EU-konform werden um jeden Preis. Dazu kommt der «freie Personenverkehr» theoretisch ab 1.1.01. Ebenso als Magnet wirkt unser milliarden-schwerer Asylleer-

lauf, dazu die ausländerfreundliche Haltung der Medien, allen voran von DRS, der Hilfswerke und Ausländerbetreuungseinrichtungen von Bund, Staat, Kirchen und Privaten. Da muss sich doch niemand wundern, dass die Schweiz – als angeblich reichstes Land – wie ein Paradies auf Erden strahlen muss. Dazu kommt, dass unser Polizei- und Justizapparat insbesondere für Ausländer als besonders human und menschenfreundlich eingestuft werden muss; dies vor allem, weil viele Medien als agierende Parteien peinlichst bedacht sind, dem Bürger Fakten zu verschweigen und andere hochzutrimmen und tagelang zu wiederholen. Mit welcher Peinlichkeit wird z.B. dem Leser die Nationalität eines Verbrechers unterschlagen? Der Bürger hat offensichtlich kein Recht auf diese Information! Die Medienverantwortlichen nennen es political correctness!

### Es herrscht Krieg in unserem Lande mit unsinniger Brutalität!

Die beiliegende Liste ist nicht vollständig und bringt nur einen Teil der Verbrechen von Ausländern gegen die Menschen in unserem Lande. Es sind Fälle aus dem Raume Nordostschweiz ab August 2000 bis Ende und – das ist wichtig – es gibt viele mehr davon, die hier nicht aufgeführt sind. Es ist ein grausamer Krieg gegen die Menschen unseres Landes mit unvorstellbarer Brutalität, unvorstellbarer Rücksichtslosigkeit und Aggressivität. Es herrscht Krieg in un-

serem Lande nicht nur unter den bekannten, bei uns wohnenden Kriegsparteien vieler Länder! Es ist ein unheimlicher Krieg gegen unser Land, unsere Nation und unser Volk.

## Junge Ausländer sind total skrupellos – der Polizei fehlen Beweise!

Immer mehr junge Ausländer und Ausländerbanden, die teils in der Schweiz aufgewachsen sind, gehen total skrupellos und brutal auf Menschen los. Viele davon werden zu eigentlichen Mörderbanden, die bewusst so schlagen und verletzen – vom Messer- und Waffeneinsatz ganz zu schweigen – dass Tod und tödliche Verletzungen voll in Kauf genommen werden. Dabei geht es selten um echten Streit, vielmehr wird Streit gesucht, um andere zu demütigen und zu vernichten. Auffallend sind auch die Angriffe auf alte und wehrlose Menschen. Betrunkene werden von ganz jungen Ausländern so zugerichtet, dass sie schliesslich an den schweren Verletzungen sterben oder invalide werden. So sind sie auch nicht mehr in der Lage, eine zuverlässige Zeugenaussage zu machen!

Die Gangster und Mörder kommen nicht einmal zum Verhör! All dies wird von vielen (linken) Medienschaffenden möglichst unter den Tisch gekehrt und verniedlicht. Eine mehr als fragwürdige Rassistikkommission hilft dabei tüchtig mit. Nationalitäten werden verschwiegen; es ist die Rede von Jugendlichen. Diese jugendlichen Verbrecher kommen dann meist auch noch vor einen Jugendrichter

und werden somit in jedem Falle mit Samthandschuhen angefasst. Da die Justiz Beweise braucht, um verhaften und verurteilen zu können, ist sie auf Zeugen angewiesen. Immer mehr aber haben noch vorhandene Zeugen Angst vor Konsequenzen, wenn sie gegen solche Elemente aussagen...

## Ausländerbanden schützen sich mit Bandenhaftung

Immer wieder zeigen die Banden das gleiche, perfide Vorgehen: Das Opfer wird eingekreist. Von ausserhalb des Kreises kann niemand sehen, was im Kreise vor sich geht (keine Zeugen). Jeder schlägt oder tritt auf das stehende oder bereits niedergeschlagene, oft schon bewusstlose Opfer wahllos ein. So weiss keiner der brutalen Schläger, wer den tödlichen Tritt oder Schlag verpasst hat. Jeder könnte der Mörder sein; so ist aber auch jeder durch das Stillschweigen der Mit-Schläger geschützt, und keine noch so kluge Polizei oder Justiz kann nachweisen, wer den tödlichen Schlag letztlich geführt hat! Jeder hat einfach zugeschlagen, soviel er mochte und konnte. Junge, blutige Mörder mitten unter uns, in Wohnquartieren, Schulen und bald schon im Bürgerregister!

## Wer aber trägt die Schuld an dieser Katastrophe?

20% ist angeblich der Ausländeranteil; wäre alles normal, müsste auch in den Gefängnissen der Anteil 20% betragen. Doch da ist er umgekehrt – es sind weit über 80% in den Gefängnissen. Schweizer

Gefangene werden drangsalieret und haben oft die Hölle in den Haftanstalten. Sie sollten dringend separiert und geschützt werden! Die antischweizerische Hass-Stimmung in unserem Lande, vor allem bei jungen Ausländern und Nutzniessern, ist das Resultat der linken Schul- und Medienpolitik. Es wird den Ausländern eingetrichtert, dass sie klare Rechte hätten, die ihnen vorenthalten würden. Die Menschen in diesem Lande werden als hinterwäldlerisch und hemdsärmelig lächerlich gemacht. Junge Ausländer hassen unsere Einrichtungen und unsere Kultur, viele würden am liebsten alles kaputt schlagen. Darum haben wir auch derartige Verschmutzungen und lieblose Beschädigungen unserer Einrichtungen. Es wird von Linken und links ausgerichteten Lehrern und Werken alles getan, um die Arroganz dieser Leute zu stärken. Menschenrechte und Unterdrückung der freien Meinung heissen die Hebel der Akteure. Jede Äusserung gegen eine weitere, unsinnige Einwanderung und totale Überfremdung des Landes wird als rassistisch abgetan, ebenso das Verlangen, kriminelle Elemente sofort auszuschaffen. Der Maulkorb (261<sup>bis</sup>) erfüllt seinen Zweck! Eine Integration unter solchen Vorzeichen kann und muss definitiv vergessen werden.

## Einbürgerungen lösen keine Probleme!

Wo bleiben die Rezepte der Multikulti-Freunde, um diese Kriminalität und diese Entwicklung zu stoppen? Integration ist nur möglich, wo die Zahl der Ausländer nicht zu hoch ist. Andernfalls bilden sich Ausländergruppen als Staaten im Staate. Diese Grenzen haben wir aber in der Schweiz längst überschritten! Die Zuwanderung müsste radikal und sofort gestoppt werden. Die Verursacher der Einwanderung müssen die vollen Kosten der Einwanderung endlich zu 100% übernehmen. Dazu gehört das ganze Spektrum an Folgekosten im Bereich Gesundheit, Soziales, Justiz, Polizei, Missbräuche, Verlust unseres guten Rufes, unserer Sicherheit und weltweiten Zuverlässigkeit etc. Das schlimmste Elend aber ist die Tatsache, dass jeder Eingebürgerte augenblicklich durch neue Einwandererheere

ersetzt wird. Darum darf Einbürgerung nicht zum Automatismus werden, das Volk muss sagen können, wer aufgenommen wird! In den Ausländerkommissionen müssen auch Schweizer Demokraten Platz nehmen können, nicht nur Ausländer, Linke und Einwandererfreunde!

## Es ist Krieg in Helvetien, und Sicherheit ist ein leeres Wort

Die Sicherheit ist erledigt. Die Polizei ist total überlastet und die Gefängnisse sind überfüllt! Wann endlich realisieren die Verantwortlichen, dass nur dichte und sichere Grenzen dieses furchtbare Debakel stoppen können? Wann will BR Villiger seinen angeblichen Sparkurs an den Grenzen stoppen? Wann? Solange natürlich ein Bundesrat den EU-Beitritt – mit offenen Grenzen für alle – als sein oberstes Ziel proklamiert, wird die Lage unseres Landes kaum besser, das ist so sicher wie das Amen in der Kirche! Wann merken die Schweizer, dass wir Krieg haben in Helvetien und dass Krieg besondere Massnahmen zur Verteidigung erfordert?

Eine detaillierte Liste über Gewalt, Totschlag und Mord aus dem Raum Zürich-Winterthur-St. Gallen kann kostenlos auf dem SD-Sekretariat, Postfach 8116, 3001 Bern, bezogen werden (monate August 2000 bis Januar 2001)

Zusammengestellt durch:  
Hans Meyer, Geschäftsleitung;  
Hansruedi Bodenmann,  
Kantonale Parteileitung;  
Willy Schmidhauser, Präsident  
SD Thurgau

02470	<b>Schweizer Demokrat /</b> Démocrate Suisse	3213	
Art	Offizielles Organ der Schweizer Demokraten		
Auflage	11'500 (WEMF-beglaubigt, 20. 4. 2000) Zusätzlicher Streuverband von weiteren 5000 bis 10'000 Exemplare durch SD-Regionalsektionen		
Inserate	Schweizer Demokraten Zentralsekretariat Postfach 8116 3001 Bern	Tel. 031 / 974 20 10 Fax 031 / 974 20 11 E-Post: sd-ds@bluewin.ch	
Druck	Wallimann Druck und Verlag AG Aargauerstrasse 6215 Beromünster	Tel. 041 / 932 40 50 Fax 041 / 932 40 55 E-Post: admin@wallimann.ch	
Erscheint	1 x pro Monat (ausgenommen August)	Mitte	
Inseratenschluss	14 Tage		
Satzspiegel	205 x 291		
Drucktechnisches	Druckmaterial	Datenträger, Papierkopie, Film pos. seitenverkehrt	
	Raster	34	
	Buntfarben	–	
	Druckverfahren	Offset	
Tarif ab 01. 01. 2001 (B)	1/1 205 x 291	1/2 205 x 145 100 x 291	1/4 205 x 72 100 x 145
Seiten und Seitenteile	850.–	450.–	250.–
Kleininserat	40.–		
Feste Aufträge mit Wiederholungen	3 x 10%	6 x 20%	
Beilagen	von Fall zu Fall vereinbaren		

## Angegriffen

**Küssnacht.** kapo. Ein 28-jähriger Schweizer wurde in der Nacht vom Samstag auf den Sonntag in Küssnacht bei einer tätlichen Auseinandersetzung am Kopf verletzt. Als er morgens nach ein Uhr eine Bar im Fänn verlassen hatte, bemerkte er, dass einige ausländische Jugendliche auf seinem Auto sassen. Als er diese zur Rede stellte, wurde er angegriffen und niedergeschlagen. Die Kantonspolizei Schwyz hat mit den Ermittlungen zur Eruierung des Ablaufs und der Täter begonnen.

## Kanton Aargau

### Nachidentifikation

Dass jeder Inhaber eines von «rund 1,6 Millionen Postkonten» jetzt aber beweisen muss, dass er kein Geldwäscher ist, scheint reichlich übertrieben. Jeder werde in den nächsten Monaten aufgefordert, sich mit Pass oder Identitätskarte an einer Poststelle auszuweisen.

Man hat heute dies von mir verlangt, der ich fast täglich an einem unserer vier Postschalter ankehre und mein Postkonto vor 60 Jahren eröffnet habe. Seit Abschaffung des Bargeldbezugs per Postcheck

Fortsetzung Seite 12

am Schalter besitze ich die gelbe Postcard, gebe meinen Code ein. Jetzt soll also noch mein kopierter Pass oder meine kopierte Identitätskarte bei einem der dubiosen Post-Generaldirektoren hinterlegt werden. Ich habe der Postangestellten am Schalter – Identitätskarte oder Pass trage ich nicht auf mir – abschlägigen Bescheid erteilt. Frage: Geht es nicht zu weit, jedem Schweizer eine sogenannte «Nach-

identifikation» abzuverlangen? Meinen Volkszählungsbogen habe ich umgehend abgegeben, den Fragebogen über zwei Wohnhäuser eingesandt, die Steuererklärung einen Tag nach Erhalt dem Steueramt persönlich überbracht. Aber einer «Nachidentifikation» meiner Person widersetze ich mich. Bin ich zu widerspenstig, zu stolz, zu pingelig?

Robert Berner, Rheinfelden



## Diktatorische Elite

Europa ist führend auf dem Weg in eine globale Richtung, die von den Regierungen nationaler Staaten zugunsten einer supranationalen Regierung abrückt. Ein Artikel im «The Guardian» vom 16. Dezember 1999 von George Monblot (immer noch auf Welteroberung ausgerichtet), sagt: «Der Meisterplan fängt nun an zu funktionieren. Ein weit ausgedehntes Europa wird einen einzigen Handelsblock bilden, zusammen mit den USA, Kanada und Mexiko, deren Märkte bereits mit Hilfe der Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (Nafta) integriert wurden. Die Nafta wird wachsen und alle amerikanischen und karibischen Staaten vereinnahmen. Der Senat hat bereits ein Gesetz verabschiedet, das alle afrikanischen Länder zwingt, die Handelsbedingungen der Nafta zu akzeptieren. Russland und der grösste Teil Asiens werden auf die Linie der IMF eingeschworen.»

Damit dieser Plan Erfolg hat, muss die Exekutivgewalt bei der regierenden Elite des überregionalen Blocks zentralisiert sein, wie es bei der EU bereits in hohem Masse der Fall ist.

Romano Prodi, Vorsitzender der europäischen Kommission, hat folgendes als sein Ziel verlauten las-

sen: «Europäische Regierung ist ein Ausdruck, den ich immer noch brauche. Es braucht Zeit, aber Schritt für Schritt macht die europäische Kommission politische Entscheidungen und benimmt sich wie eine wachsende Regierung.» Bürger der EU entdecken bereits, was dies bedeutet, weil in ihren Ländern Schlüsselentscheidungen nicht mehr länger von den gewählten Regierungen gefällt werden, sondern von den Beamten der EU. Die europäischen Gerichtshöfe stossen Entscheidungen ihrer Gerichte um, Landwirtschaft und Fischerei-Politik werden von der EU bestimmt, und es gibt Druck, um die Aussenpolitik und die Armeen der Mitgliedländer zu verschmelzen. Die Errichtung einer Europol (europäische Polizei) ist möglicherweise der Vorläufer für eine Bundespolizeikraft. Und nicht zuletzt, die Einheitswährung bedeutet, dass die wirtschaftliche Entscheidungsfindung von den einzelnen Mitgliedstaaten genommen ist, weil für die nationalen Regierungen nur noch wenig Macht übrig geblieben ist.

Die Leute, welche die wirkliche Macht in Europa inne haben, sind nicht gewählt worden und niemandem Rechenschaft schuldig. Je weiter dieser Prozess voranschreitet, desto weniger wirkliche Demokratie wird sein und desto mehr wird Europa von einer diktatorischen Elite geführt, die den Interessen von globalistischen Kräften dient, deren schlussendliches Ziel eine Weltregierung ist. Durch die Kontrolle meinungsbildender Kräfte, speziell Fernsehen und Ausbildungssysteme, wird diese Elite in stande sein, ihre Macht zu festigen und zu verhindern, dass wirkliche Opposition gegen ihre Programme öffentliche Unterstützung erhält.

Martin Cadonau, Waltensburg GR

## Eine Schweizer Demokratin mit Leib und Seele

In Amerika sind die Demokraten die zweitgrösste Partei, wir sollten auch zu einer grossen Partei aufsteigen. Jedes sollte bestrebt sein, immer Mitglieder zu werben, oder sollten wir mit der Schweizerischen Volkspartei am gleichen Strick ziehen? Je mehr Menschen an einem Seil ziehen, desto stärker werden

sie. Wir haben doch sehr ähnliche Ziele. Demokratie heisst doch, alle können mitbestimmen und die Volksanliegen werden demokratisch für alle lebenswert gestaltet, keiner nützt den andern aus, jeder hilft mit, den Staat zu erhalten. Oft denke ich, wie wir von der Tierwelt noch einiges lernen können, zum

Beispiel von den Ameisen. Man sollte auch hie und da wieder in unsere Geschichte zurück schauen, haben doch unsere Vorfahren die Landvögte vertrieben, welche das Volk zu sehr ausgebeutet haben, dass sie fast Blut schwitzen mussten, um die horrenden Abgaben zu entrichten. Und was wollen gewisse Leute in der Zukunft? Sich wieder Landvögte oder ähnliches anschaffen mit der EU. Auch finde ich, es grenzt an Ausbeuterei, wenn so Spitzenverdiener zum Teil von unseren Steuergeldern bezahlte Saläre haben von sage und schreibe Fr. 600'000.– im Jahr noch mehr. In Bern haben sie einmal Unterschriften gesammelt, Zweihunderttausend sind genug! Ich finde das auch, hat doch der amerikanische Präsident nicht viel mehr. Da den-

ke ich, haben unsere Politiker noch viel Arbeit, dass unser Land wirklich demokratisch ist, nicht diktatorisch, oder abzockerisch oder Mafiaähnlich. Ich bin für eine gesunde Wirtschaft und gerechte Löhne, dass nicht die ganze Welt wirtschaftlich auf dem höchsten Stand ist, sollte allen klar sein, es fehlt noch an Wissen und Können und an seriöser Verwaltung in vielen Ländern. Wie Herr Peter Bühler schon geschrieben hat, wir sollten mit den Bodenschätzen sorgfältiger umgehen, man sollte andere Antriebsstoffe für das Auto brauchen. Nun, auch da gibt es noch viel zu tun oder zu entwickeln.

Wir Demokraten haben sicher die richtigen Ziele im Auge.

Mathilde Hotz-Stucker,  
Langenthal

## Finkelstein und der Maulkorb

In seinem Aufsehen erregenden Buch «Die Holocaust-Industrie» (siehe «Schweizer Demokrat» Nr. 2 und 3, 2001) schreibt Norman G. Finkelstein unter anderem, die Behauptung der Einmaligkeit und Beispiellosigkeit des Holocaust sei «purer Chauvinismus». Diesen seinen Standpunkt illustriert er dann noch, indem er ferner im genannten Buch schreibt, ein Holocaust-Museum sollte in den USA nicht errichtet werden, da es kein Museum über die einstigen Verbrechen der Amerikaner an Andersrassigen gebe.

Bekanntlich gibt es in Amerika kein Antirassismus-Gesetz und so konnte Finkelstein seine Kritik un-

behelligt publizieren. Wie aber steht es bei uns? Da würde doch der erwähnte Standpunkt Finkelsteins den Straftatbestand der Verharmlosung von Völkermord erfüllen, abgesehen davon, dass er eine Haftung in Zweifel zieht, die für viele konservative Juden unantastbar ist? Hätte man – so frage ich ironisch – in der Schweiz und etwa auch in Deutschland das sensationelle Buch von Finkelstein nicht verbieten und einstampfen sollen? Sonst droht nämlich dem Maulkorbgesetz von der «freien» Welt her eine allmähliche Entkräftigung, die ich begrüssen würde.

Dr. Konrad Hess,  
Langnau in Emmental

## Robin-Hood-Mentalität?

Wie ist es möglich, dass ein abtretender amerikanischer Präsident und ein Züricher-SP-Stadtpresident – die beide von ihren seinerzeitigen Wählern als Vorbilder betrachtet wurden – einen von den Richtern eines freiheitlichen Staates zu 325 Jahren Gefängnis verurteilten Marc Rich mit ihrer ganzen Macht unterstützen?

Wie getäuscht müssen sich da die ehrlichen Bürger vorkommen, die bei ständig zunehmenden Abgaben und Gebühren ihren Pflichten redlich nachkommen. Wird da nicht dem Teufel das Pferd gesattelt? Ist nicht gerade der Fall Marc Rich ein Musterbeispiel von scheinheiliger

Wohltätigkeit, wenn hinter den Kulissen Steuerhinterziehungen im grossen Ausmass und andere Vergehen vorliegen? Da hat bei Estermann und seinen Genossen die fragwürdige «Solidarität» wieder einmal glänzend gespielt. Diese sollten sich die linken Wählerinnen und Wähler merken, damit sie nicht schon wieder bei nächster Gelegenheit eine irreführende «Robin-Hood-Mentalität» selbst befürworten. Es ist an der Zeit, dass Ethik und Moral im Staate wieder einen höheren Stellenwert erhalten. Dazu müssten aber auch die Medien ihren Beitrag leisten.

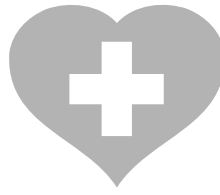
Albert Stocker, Riniken

## SD-Geschenk-Abo

Im Januar dieses Jahres hatte ich erfreuliche Post. Ein unerwarteter Brief, versehen mit dem SD-Logo, befand sich in meinem Briefkasten. Es war ein Geschenk-Abo. Die Nachfrage beim Zentralsekretariat, wem ich danken darf, hinterliess bloss ein Fragezeichen.

Ich sehe dies als den einzigen Weg zum Dank an diese unbekannt Person, die es mir ermöglicht hat, trotz meinem finanziellen Engpass in den Besitz eines SD-Abonnements zu kommen. Danke!

Sabine Schweigert, Bern



## Dans les coulisses de l'Union Européenne

Il n'est jamais trop tard pour bien faire et cette histoire EUROphorique continue à agiter les esprits, il est grand temps d'ajouter quelques pierres au superbe monument tordu et hypocrite de l'UE.

Une toute petite précision- l'initiative qui disait: «Oui à l'Europe» manquait totalement de logique dès le départ. Elle aurait dû s'appeler «Oui à l'UE» car de lancer une initiative pour affirmer que nous sommes européens, c'est aussi comique que de dire que «cinq minutes avant sa mort, La Palisse vivait encore».

Ce qu'il faut tout d'abord savoir, c'est si notre intérêt est vraiment d'entrer à long ou moyen terme dans une union qui demande des cotisations faramineuses sans définir les avantages à la clé. On entre en général dans une association ou un parti parce qu'on y voit un avantage ou que l'on pense de la même façon, alors que l'UE a prouvé jusqu'ici qu'elle était dictatoriale, partielle et communiste. La Suisse a-t-elle vraiment besoin de cela? Examinons de plus près la situation, car le chemin qui conduit à l'UE, n'est ni facile, ni prometteur. Il est encore long, tortueux et obscur. Appelons Diogène et sa lanterne à notre secours.

Tout d'abord, cette union de fonctionnaires grassement payés prenant la liberté d'imposer selon leur fantaisie, des décisions parfois absurdes comme le diamètre des concombres ou la grosseur des fraises, imposent de surcroît des initiatives comme le droit d'ingérence pour préserver soi-disant la paix en Europe; la guerre des Balkans prouve leur incompetence. Certains de ses membres comme la France et la Belgique en tête, ont tancé l'Autriche en prenant contre elle des sanctions et ils continuent à brandir des menaces au cas où les tendances de droite dans ce pays prendraient le pas sur les utopies de la gauche européenne. Matière à réflexion, cette attitude est oubliée vis-à-vis d'Israël qui, comme l'Autriche, vient de choisir Ariel Sharon devenu premier ministre, ce dernier ayant certainement plus à se reprocher qu'un Haider. Et pourquoi l'UE n'use-t-elle pas de son droit d'ingérence face à l'Espagne qui se conduit en raciste envers les immigrés d'El Egidio soumis à des pogroms de la part de la population? Membre ou non membre, l'UE et son bras armé l'OTAN ne fait pas de différence concernant le droit des peuples à décider de leur sort.

En France, la faune au pouvoir qui a le cœur à gauche mais le porte feuille à droite se distingue d'abord par ses denis de justice, l'incapacité de retrouver des meurtriers politiques, alors que de vieux pourris ont l'honneur d'un étalage d'accusations et de douces sentences très médiatisés, une chose compensant l'autre, (voir Sirven-Dumas, Berégovoy ou le Rainbow Warrior, sans oublier Papon et cie.)

L'Allemagne ne fait pas mieux en acceptant contre un million d'euros, de ne pas mettre en accusation Sirven chez elle concernant les versements qu'il a fait au CDU du temps de Kohl (près de 8 millions entre 1998-99.). Il faut y ajouter l'affaire Joshka Fischer qui sent très mauvais, car on peut prouver, les tentacules communistes européens pas morts, qui fagocytent le mondialisme à la sauce UE et gagnent du terrain sans résistance aucune de la part de ceux qui se prétendent contre cette doctrine meurtrière. Voyez plutôt.

Le 7 février, Elizabeth Guigou (PS) trônait à Colombo aux côtés du ministre communiste M.G. Buffet. Elle venait cautionner la liste régionale du communiste Dominique Frélaud. Le même jour J.C.I. Gaysot, ministre communiste des transports, recevait le prix Trombinoscope désignant le «ministre de l'année» parce qu'il sait trouver les mots de colère, de compassion et d'apaisement. Les guignols trombinoscopiens ont oublié ses prises de positions dans le transport européen tout camion et ses réticences, envers une réouverture immédiate du Tunnel du Mont Blanc refusée par le voisinage. Mais est-ce si stupéfiant pour un communiste qui n'a jamais mis en cause la politique moscoutaire de sinistre mémoire?

Est-ce vraiment pour siéger aux côtés de ces gens-là en acceptant leurs diktats que nos Euroturbos veulent nous pousser avec force? Mais Gaysot aurait tort de ne pas profiter de l'actuelle attitude de Jacques Chirac qui vient d'offrir ses vœux à Robert Hue le président du parti communiste français, en lui offrant 4 millions d'euros par mois jusqu'à complet remboursement des 40 millions de déficit du journal de son parti: l'Humanité.

Nos jeunes europhiles seraient-ils eux aussi communistes? Alors pourquoi siégent-ils dans les partis gouvernementaux? On comprend mieux pourquoi ayant peur de Blocher et de l'UDC, ils deviennent enragés chaque fois que ceux-ci remportent une victoire!



Même salade en France quand on voit Mireille Matthieu qui se dit gaulliste ou Cohn Bendit un séide de Joshka Fischer des Bridges Rouges, s'engager à voter pour les liste communistes!

N'oublions pas de citer Porto Alegre où Francis Wurtz, chef de la délégation communiste du PCF, a été agréé en tant que porte parole de l'Europe, sous le portrait du Che dominant la plupart des ateliers de travail. Un complot se mettrait-il en place pour cacher les véritables buts du mondialisme, profitant de l'obscurantisme imbécile des masses européennes?

Les délégués du FARC (les révolutionnaires armés qui tiennent la moitié de la Colombie) se trouvaient à Porte Alegre aux côtés des deux dirigeants espagnols communistes Ignacio Ramonet et José Vidal Beneyto qui siègent au Conseil

de l'Europe sont les conseillers de l'Unesco et bien entendu franc maçons. Dans ce groupe d'«amis» on retrouve aussi les copains de Danielle Mitterrand, Monsieur Chevénement en personne et Alain Krivine le marxiste, qui luttent de concert pour une Europe supranationale dirigée par des apatrides, liée aux Américains libéraux grâce aux Anglais valets fidèles, dans un transatlantisme protégé par l'OTAN, tout en mettant en place une collaboration avec Moscou pour la meilleure des coexistances. L'aveuglement des pro européens suisses est consternante et condamnable, car ces gens n'essayaient même pas de comprendre les manigances mensongères qui se trament autour d'eux, tels des arbres qui cachent la forêt.

Mary Meissner, Vernier

## Le pilori

### Villiger joue à la roulette

Ne vous êtes-vous pas demandé pourquoi tout à coup et sans état d'âme, notre grand argentier clame dans les médias qu'au lieu de 4 milliards de déficit, nous avons 2 milliards de bénéfice?

Notre Conseil Fédéral qui vogue avec euphorie sur le canoé qui les conduira au sommet des Grands de ce monde se sont rendu compte que le vent populaire sentant les déficits grandir, changeait la direction du OUI vers le NON à l'Europe des vampires. Evidemment il est difficile de faire prendre longtemps des vessies pour des lanternes. Alors pour faire bon poids, on annonce

que l'AVS n'est plus déficitaire, mais nage dans les bénéfices. Babette et le pot au lait, donc nous contribuables, allons baisser notre garde en croyant qu'après tout, les milliards que nous devons verser dans l'escarcelle de l'Union européenne, n'affecteront pas nos finances, ni notre train de vie et nous renverserons le lait en cassant la cruche.

Heureusement Babette a ouvert les yeux ainsi que les jeunes qui ont compris le truc et c'est aussi pourquoi ils se réveillent enfin pour dire tout le mal qu'ils pensent des palabres conseillant le OUI à

Suite en page 14

## Le Pileri: Villiger joue à la roulette

Suite de page 13

l'Europe. Leurs arguments dénoncent le laisser aller de Villiger qui fait tourner sa roulette avec un doigt, alors que la main sous la table du tapis vert presse le bouton au rythme des sondages menteurs et des statistiques désinformantes. Pensez-y braves gens! Ces simagrées ne s'arrêteront pas à une seule votation. Quoiqu'il arrive, les jeux étant faits, rien ne va plus. Adieu cochons, vaches, couvées, environnement et droits humains dans la liberté, quand il n'y a plus d'argent, il n'y a plus d'espoir, ni de Suisses.

### Un autre mensonge

Des rapports émanant des fauteurs de guerre recommande d'empêcher l'accès aux sites contaminés, tout en déclarant que ceux-ci... ne

peuvent être repérés. Les enquêtes sur les effets de l'uranium appauvri qui attaque les êtres vivants depuis la guerre du Golfe, ne seront pas correctes. La loi du silence s'est abattue sur ce problème que l'OTAN et autres chiens de guerre font peser sur les nations qui envoient des experts pour faire la lumière tant sur les champs de bataille que dans le sang des soldats malades. Des milliards de dollars sont en jeu: d'une part qui affecteraient les centrales atomiques ne sachant plus où jeter leurs déchets, et d'autre part l'entretien et les dédommagements que réclameraient les cobayes humains à soigner, puis leur famille à entretenir après leur décès qui coûteraient un saladier. Encore une question de fric. On étouffe la vérité et des ordres sont distribués aux responsables gouvernementaux «pour éviter» une révolution. Là aussi, les jeux sont faits. Qui brandira le flambeau des revendications?

## Nouvelle offensive contre le racisme

Décidément, on dirait que nos autorités n'ont rien à faire de mieux que de s'occuper de ce «problème» récurrent qu'ils appellent racisme, et il y vraiment trop d'argent pour donner 15 millions de francs à divers petits groupes de Défenseurs des Droits de l'Homme. Qu'il y ait quelques dissensions au sein de communautés multiculturelles de plus en plus nombreuses non seulement en Suisse mais dans toute l'Europe, c'est normal. Si un voisin fait sécher des poissons sous vos fenêtres, et si une voisine danse au son du tam tam jusque tard dans la nuit, si vous voyez votre voisin dépecer son chat pour le manger ou si le beau noir d'ébène vous suit en faisant des remarques assorties de propositions, il est plus que douteux que ces 15 millions puissent arranger les choses.

Alors ma question est la suivante: cette subvention prévoit-elle de protéger du racisme anti-suisse? Ces genres d'agressions sus mentionnées pourront-elles être dénoncées? Y a-t-il dans un des nombreux «programmes d'intégration» des cours expliquant à tous ces gens qui choisissent la Suisse pour y être tranquilles et soignés, que leur devoir premier est de dire merci, et ensuite d'essayer de se conformer au mode de vie des habitants pour éviter des rancoeurs, et le fameux racisme, mal nommé, puisqu'il s'agit plutôt de xénophobie dans les deux sens?

### Un réquisitoire de plus

L'arrogance de certains Français n'a vraiment plus de borne. Que dans leur pays, il y ait mois après



## Motion Hess Bernhard (DS)

# Délinquants étrangers. Exécution de la peine dans leur pays d'origine



Bernhard Hess,  
Conseil national,  
Berne

Le Conseil fédéral est chargé de prendre immédiatement les dispositions qui s'imposent pour que les étrangers condamnés à des peines de prison ou de réclusion en Suisse purgent plus souvent leur peine dans leur pays d'origine, même sans leur consentement.

### Développement

Les prisons suisses comptent parfois plus de 70% de détenus étrangers. La surpopulation carcérale explique en partie l'orientation encore plus favorable aux délinquants de l'imminente révision de la partie générale du code pénal. On envisage notamment d'étendre les sursis

aux peines de 36 mois au plus, de multiplier les semi détentions et les congés (avec les risques d'évasion que cela comporte) et de faciliter les arrêts à domicile. Au lieu de combattre par des lois plus incisives une criminalité qui ne cesse d'augmenter, la tendance est à la mansuétude pour les criminels.

Si les délinquants étrangers purgent leur peine dans leur pays d'origine, la Suisse ne peut qu'y gagner:

1. Les capacités d'accueil retrouvées des prisons rendront inutile un assouplissement de la législation pénale destiné à mettre un terme à la surpopulation carcérale. Des criminels ne seront plus prématurément lâchés dans la nature, simplement parce que les prisons sont pleines;

2. Le contribuable y trouvera son compte, car le nombre d'étrangers détenus en Suisse est incomparablement plus élevé que celui des Suisses condamnés à l'étranger;

3. L'exécution des peines dans le pays d'origine a un effet hautement dissuasif sur les touristes du crime, les conditions de détention dans leur pays étant généralement bien au-dessous du niveau de confort suisse.

### Avis du Conseil fédéral

Un but de l'exécution des peines, la réinsertion sociale de personnes qui ont commis des infractions, peut en règle générale être au mieux réalisé si les personnes condamnées exécutent leur peine dans un environnement social et culturel familial. Des raisons humanitaires peuvent également plaider en faveur de l'exécution d'une peine dans le pays d'origine, en particulier si cela facilite le contact avec des proches. Enfin et pas des moindres, une certaine décharge des installations suisses d'exécution des peines peut également être ainsi réalisée.

Au contraire des arguments présentés par le motionnaire, décharger les prisons ne constitue pas un objectif premier de la révision en cours des dispositions générales du code pénal, mais représente seulement un effet secondaire souhaitable. Il n'est pas non plus exact que cette révision a pour but de traiter avec plus de mansuétude les personnes commettant des infractions et conduit à un affaiblissement de la législation pénale. Au contraire, la révision largement adoptée par le Conseil des Etats tend à assurer une meilleure protection de la sécurité publique. La nouvelle réglementation prévue du système des sanctions n'institue pas de sanctions plus légères, mais des sanctions plus judicieuses et plus efficaces.

**Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat.**

**DS**   
**Démocrates Suisses**

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

### ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse»  
(Abonnement annuel fr. 25.–)

Nom: \_\_\_\_\_

Prénom: \_\_\_\_\_

Profession: \_\_\_\_\_

Date de naissance: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Signature: \_\_\_\_\_

Téléphone: \_\_\_\_\_

Envoyer à:  
Démocrates Suisses,  
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des  
**Démocrates Suisses** **DS** 

**Secrétariat central:**  
Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 - 974 20 10  
Fax 031 - 974 20 11  
Internet:  
www.schweizer-demokraten.ch

**Rédaction:**  
Démocrate Suisse  
Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 - 974 20 10  
Fax 031 - 974 20 11  
E-Mail:  
sd-ds@bluewin.ch

mois des affaires d'argent sali par le vol et les crimes non élucidés, ne les gêne pas du tout pour s'attaquer maintenant après Monaco et le Lichtenstein à la Suisse, trois petits pays facilement acculés sous les coups de boutoir de deux butors souriant devant les caméras qui n'en demandent pas tant, MM. Vincent Peillon et Arnaud Montebourg. Je pense que nos autorités devraient leur acheter des lunettes à verres grossissants afin qu'ils voient les poutres nauséabondes devant leur porte. Espérons que nos sept sages sauront répondre à ces attaques injustifiées.

Si ces messieurs et dames du CF ne réagissent pas vertement, il y aura d'autres affaires Mikhaïlov, et Mabetex. Nous devons dédommager ces escrocs que nous essayons de piéger tant que des rapports comme celui présenté par une commission parlementaire française, courcirculeront nos efforts.

Ajoutons encore que les menaces à l'américaine qui s'ajoutent à ce rapport en provenance de Bruxelles, ne doivent pas nous étonner, puisque nos jeunes traîtres euroturbos ont ouvert la boîte de Pandore avec leur initiative «oui à l'Europe», (à lire le contenu du chantage, il y a reprise des arguments utilisés par les initiants). Vu la situation financière catastrophique qui est un mal endémique menaçant le portemonnaie de ces messieurs de Bruxelles grassement payés, nous sommes une proie idéale qui garantirait leurs prébendes surtout en prévi-

sion de l'entrée des pays pauvres de l'Est européen. Pour eux, la fraude fiscale est un oedème à éradiquer à tout prix. Ils doivent regretter de ne pouvoir, à l'instar des USA, lancer des raids aériens qui déverseraient sur nos banques (qui couvrent la Suisse?) des bombes à uranium.

### Statistiques frauduleuses

On a le culot d'affirmer dans les médias que la délinquance en augmentation ne fait plus peur à la population. Lorsqu'on côtoie en gare de Genève 9 bronzés vous offrant de la drogue, soit des ressortissants du Zaïre, du Cap Vert, ou du Sri Lanka et de mafieux d'Arménie, de Géorgie et d'Azerbaïdjan qui viennent de voler des vêtements et des bijoux, je vous assure que la population a les chocottes. Plusieurs villas sont visitées par des Roms qui viennent de France, et il faut se barricader comme aux USA.

Malgré des mesures renforcées à l'encontre des clandestins dans les pays de l'UE, souvent à l'encontre des réglemets de Schengen, il y a concertation pour faire de l'Europe une forteresse. L'histoire de Raspaël, «Le Camp des Saints» qui décrit il y a plus de dix ans l'arrivée de bateaux rouillés remplis à ras bord par des clandestins venant de l'Inde, du Kurdistan et de Turquie, se réalise dans les moindres détails et l'on peut s'attendre à une invasion par le sud de la France et l'Italie avec des cadavres qui joncheront les plages. *Octopus*



## Arena – naturalisations

Je viens d'écouter les discussions sur les naturalisations facilitées et je voudrais faire quelques remarques.

Notre Bernard Hess a été le seul citoyen à soulever la véritable question sous-jacente de ce nouveau pugilat politique, c'est-à-dire diminuer les chiffres statistiques des étrangers jusqu'à 13% pour pouvoir ensuite réintroduire quelques 5% pour atteindre une première tranche de 18% vu la grande bastingue déjà subie l'année passée à ce sujet. Evidemment 18% de 8 ou 9 millions représentent davantage de nouveaux étrangers qu'actuellement sur le total de la population. Mais il n'a eu aucun «challenger», et on aurait dit que ces excités verts rouges préféraient passer sur ce problème comme chat sur braise.

Un deuxième personnage qui souigna qu'avec une femme Kosovare et des enfants double nationaux, il devait faire face à de graves questions religieuses et ses enfants subissaient les lois islamiques malgré le passeport suisse. Donc, il soutenait l'obligation de procédures strictes et l'octroi de la nationalité qu'avec la conviction de recruter de vrais suisses. Mais lui aussi n'eut droit à aucune réponse et on ne lui redonna pas la parole malgré sa demande.

Un jeune homme affirma qu'aux USA qui venaient d'être cités comme étant plus ouverts, il fallait signer un engagement à quitter le pays si dans les cinq ans d'essai, le nouvel arrivant n'avait pas un emploi fixe et tombait à l'assistance publique. Personne ne lui répondit.

Par contre deux dames verte et rouge (PS), qui tenaient la dragée haute aux DS et UDC, revenaient sans cesse sur le fait que le souverain n'avait pas à agir en despote décidant le refus des naturalisations et qu'un être humain n'était pas un objet pour subir une décision semblable à celle donnée pour une maison. Donc elles mettaient l'accent sur le côté sentimental. Or elles avaient le culot de pointer un index accusateur vers le représentant d'Emmen qui expliquait que le souverain avait refusé ces naturali-

sations à l'époque, vu qu'elles tombaient juste après les massacres de Louxor qui n'avaient pas amélioré l'ambiance vis-à-vis des étrangers. Lors de la deuxième votation profitant déjà des ajustements élaborés après les critiques de quelques bien-pensants, les gens au lieu de voter NON s'étaient abstenus car il y avait eu des rixes et bagarres sanglantes dans la ville provoquées par des demandeurs d'asile. Les gauchistes présents (comme les appela monsieur Najman des DS) se contredisent sans état d'âme lorsqu'ils veulent avoir raison.

De toutes façons Mme Ruth Metzler qui a provoqué ces remous, se mondialise et elle suit les avis pressants de l'UE. Suivra-t-elle aussi les mesures que prennent les pays européens les plus touchés par l'immigration clandestine? Là il ne s'agit ni d'intégration, ni de naturalisation, mais de surpopulation, les uns conduisant aux autres.

Ces responsables gouvernementaux se mettent à parler comme nous le faisons du temps de Schwarzenbach, alors que nous prédisions ce qui arrive maintenant. Il aura fallu 53 pauvres diables asphyxiés dans un container, des milliers de clandestins se noyant dans de misérables embarcations qui traversent la Méditerranée et des hold-up de plus en plus violents et conséquents commis par des allogènes, pour qu'ils se réveillent, mais n'est-il pas trop tard?

On parle de camps d'internement des deux côtés de la Manche, en Espagne et en Italie. Lorsque notre parti a fait cette proposition lors de l'arrivée massive des demandeurs d'asile lors de la guerre du Kosovo, les roses-verts ont poussé des cris d'orfraies. Et nous avons été traités de fascistes et de nazis. Pourquoi les journalistes ne disent-ils rien lorsqu'il s'agit des membres de l'UE? Est-ce parce que Bruxelles c'est Berlin? ou le Kremlin? Ces deux extrêmes ayant les mêmes buts, les mêmes intérêts et les mêmes défauts, sinon les mêmes vices.

## Retour à la démocratie

Pour tous les europhiles qui se sont battus féroce pour cette initiative enfantine appelée pompeusement OUI à l'Europe, ce qui voulait dire en réalité oui à l'UE, donc une rédition inconditionnelle de notre pays aux gaspilleurs de Bruxelles c'est le second dimanche noir dont Delamuraz a exalté le slogan après le NON à l'EEE infligé sous son mandat.

Pour les europhiles, les résultats ont dépassé leur plus intimes espoirs. C'est pourquoi il est tellement insensé de la part des médias qui, une fois de plus, essaient de plonger ce NON net et clair, dans un bouillon de si, de mais, le probablement ou de c'est à voir. Pourquoi ne pas admettre une bonne fois que les citoyens suisses qui savent penser plus loin que le bout de leur nez, qui sont européens de par la place qu'occupe leur pays dans le continent, savent raison garder. D'autre part, les médias aux ordres ne comprennent pas que la volonté des Helvètes qui est de rester libre dans leurs opinions et leurs pensées, seront encore plus surprenants depuis l'entrée en vigueur de l'art. 261 bis, tant que le secret des urnes restera un pilier de notre démocratie.

Ces NON accumulés ce dimanche 4 mars tant sur l'UE, le prix des médicaments, la vitesse à 30 km/h partout dans les villes que sur le droit de vote et d'éligibilité des étrangers dans le canton de Genève qui supporte plus de 50% d'étrangers, viennent principalement du fait de l'ambiance diffuse, insultante, et étouffante, qui plane dans les journaux, pendant les interviews télé-guidés, dans les articles préélectoraux et le matraquage à travers les sondages des prises de positions partisans. S'il y avait plus d'égalité et de neutralité, davantage de temps d'antenne ou d'acceptation de lettres de lecteurs dans l'impartialité totale, les gens se sentiraient moins porté à ruer dans les brancards pour prouver qu'ils ne se laissent pas faire.

Je ne vais pas ajouter aux commentaires innombrables qui vont nous casser les oreilles et la tête ces prophanies semaines surtout au sujet de l'Europe mal embouchée à mon goût, ou sur le vote des étrangers à qui on n'aurait pas dû offrir aussi l'éligibilité, car pour moi et beaucoup d'autres citoyens respectueux de leur patrie, un NON c'est un NON et pas un OUI mais.

*Maria de Seimners*

*Octopus*

Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten **SD** 

**SD-Zentralsekretariat**  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11  
Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)  
Internet:  
www.schweizer-demokraten.ch  
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

**Redaktion**  
Schweizer Demokrat  
Postfach 8116  
3001 Bern

**Redaktoren:**

Rudolf Keller, SD-Zentral-  
präsident, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg,  
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Bernhard Hess, Nationalrat,  
SD-Zentralsekretär, Bern (CR)

Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,  
Einwohnerrat, Baden

Alexander Nyffenegger,  
stv. Parteisekretär, Bern

Willy Schmidhauser, Präsident  
SD Thurgau, Dettighofen

Hans Steffen, Fischenthal

## Schweiz nicht in die NATO einbinden!

Die deutliche Ablehnung der EU-Beitrittsinitiative «Ja zu Europa» durch Volk und Stände zeigt klar: Das Schweizer Volk will keinen EU-Beitritt, weder als «strategisches Ziel» noch als ein «in Arbeit befindliches Projekt».

Das Schweizer Volk ist nicht bereit, die Besonderheiten und Stärken unseres Landes – die Unabhängigkeit, die direkte Demokratie, den Föderalismus und die immerwährende, bewaffnete Neutralität – zu verlieren. Es ist nicht bereit, die doppelte Mehrwertsteuer von mindestens 15%, 20–25% höhere

Wohnungsmieten und massiv höhere Schuldzinsen zu zahlen sowie den Schweizer Franken, das Bankkundengeheimnis und den erfolgreichen Steuerwettbewerb preiszugeben. Und es ist nicht bereit, auf die zentralen Volks- und Freiheitsrechte zu verzichten und dafür jedes Jahr auch noch Milliarden zu bezahlen.»

Das Abstimmungsresultat zeigt, dass die Schweizerinnen und Schweizer eine weltoffene Schweiz wollen, welche sich nicht in zentralistische Grossmacht-Konstruktionen einbindet. Die Schweizer De-

mokraten verlangen, dass sich nun Bundesrat und Parlament an das Abstimmungsresultat halten.

Die SD werden ihren Kampf für die Unabhängigkeit und die Neutralität der Schweiz mit aller Kraft weiterführen. Eine weitere entscheidende Weichenstellung folgt bereits am 10. Juni 2001. Zu diesem Zeitpunkt muss mit einem doppelten Nein zur Militärgesetzrevision dafür gesorgt werden, dass die Schweiz nicht in die NATO eingebunden und dass sie nicht in fremde Kriege hineingezogen wird.

SD-Parteileitung

## Gratulation: Weiterhin Aargauer SD/FP-Fraktion!



Kurt Aeschbach



Ernst Flückiger



Adolf Lüscher



Dragan Najman

Wir wünschen unseren SD-Leuten Kurt Aeschbach, Ernst Flückiger, Adolf Lüscher und Dragan Najman, die im Aargauer Grossen Rat mit Rolf Urech (FP) weiter-

hin eine Grossratsfraktion stellen können, viel Erfolg und Freude in ihrem politischen Kampf für Volk und Heimat.

### Wir freuen uns über

- 77% Nein-Stimmen zum EU-Beitritt
- 79% Nein-Stimmen zur Abschaffung der Einbürgerungsgebühren in der Stadt Zürich
- die Ablehnung des Ausländerstimmrechts im Kanton Schaffhausen
- die Ablehnung des Ausländerstimm- und Wahlrechts im Kanton Genf

Unser Kampf geht unverdrossen weiter!

Rudolf Keller und Bernhard Hess

**Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement**

**SCHWEIZER DEMOKRAT**  
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!

Nur Zeitungsabonnement

Nur Adressänderung

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern  
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

An das Schweizer Fernsehen DRS

## Ihre heutige Sendung über die Klage gegen die Schweizer Demokraten

*Sehr geehrte Damen und Herren*  
Zum Inhalt dieser einseitigen Sendung halte ich mich nur kurz fest, dass, wer unsere Partei wegen dem besagten Satz einklagt, das Anti-Rassismogesetz schlicht nicht kennt. Niemals kann aus diesem Satz eine Verurteilung der SD resultieren. Ihr Reporter hielt denn auch gegen Schluss des Beitrages fest, dass Fachleute der Klage keine Chance geben.

Umso mehr hätte Ihr Journalistenteam fair sein sollen. Fair in dem Sinne, dass es in einer Demokratie nicht angeht, dass über eine politische Gruppe «herabgefahren» und gelästert werden kann, ohne dass diese dazu Stellung nehmen darf. Ihr Journalistenteam ist damit seiner journalistischen Sorgfaltspflicht schlicht nicht nachgekommen. Ihre Sendung war für unsere Partei diskriminierend. Am heutigen Tag sind einige Grossräte der Schweizer Demokraten im Regierungsgebäude von Aarau gewesen. Niemand kann darum sagen, man hätte niemanden von unserer Par-

tei gefunden, der zu den unhaltbaren Vorwürfen hätte Stellung nehmen können.

Auch das Fernsehen war vor dem Aargauer Regierungsgebäude, zwar wegen einer andern Sache, aber...

Ihr Journalismus war brutalster Vernichtungsjournalismus, gegen den wir uns als kleine Partei nicht einmal wehren können.

Dies passt im übrigen absolut zur Tatsache, dass das Fernsehen DRS am 27. Januar 2001 unsere Abstimmungsparolen schlicht nicht gebracht hat.

Auch dagegen waren wir natürlich machtlos, obwohl wir als Partei seit 1967 ununterbrochen im Nationalrat Einsitz haben.

Sollen wir vor Ihrem Haus einen Sitzstreik machen? Vielleicht kommt dann ein Fernseheteam...

Bitte teilen Sie mir mit, wie Sie diese üble Scharte wieder auszuwetzen gedenken.

Mit freundlichen Grüssen

Rudolf Keller,

SD-Zentralpräsident, Frenkendorf

## SD für ideologiefreie Schulen

Die Schweizer Demokraten (SD) fordern die unverzügliche Suspendierung des Lehrers Bruno Ehrsam vom Schuldienst bis das durch ihn und die Mehrheit seiner Schulklasse eingeleiteten Rassismus-Anschuldigungen gegen die SD vollumfänglich geklärt sind.

Es darf nicht angehen, dass ein Klassenlehrer eine Schulklasse dahingehend manipuliert, dass diese sogar eine Anzeige erstattet. Die Schule muss frei von jeglicher ideologischer Beeinflussung bleiben. Nur so bleibt der verfassungsmässige Bildungsauftrag gewährleistet.

SD-Pressedienst